

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

7/8
2015

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

TTIP

Mittelstand erwartet
klare Vorteile

START-UP

Silicon Valley
in Berlin

POLITIK

Wassermangel und
Flüchtlingseind



Neue One in, one out-Regel

**Wer glaubt noch an
Bürokratie-Entlastung?**

Typisch Ford:
**1.000 Unternehmer gesucht für die
längste Probefahrt Deutschlands**



**EXKLUSIV FÜR GEWERBETREIBENDE
> Ford Langzeittestfahrt¹**

Nutzen Sie jetzt für ein ganzes Jahr bis zu 6 attraktive Ford Modelle zu Top-Konditionen. Denn bei der Ford Langzeittestfahrt ist alles inklusive – Kfz-Steuer, Kfz-Versicherung, Rundfunkgebühren sowie Überführungs- und Zulassungskosten. Eine Anzahlung und Schlussrate sind nicht fällig. Mehr Informationen bei allen teilnehmenden Ford Partnern oder unter ford-firmenkunden.de

Abbildung zeigt Wunschausstattung gegen Mehrpreis.

¹Die Ford Langzeittestfahrt ist ein Angebot der ASS Athletic Sport Sponsoring GmbH, Harpener Heide 2, 44805 Bochum. Die ASS Athletic Sport Sponsoring GmbH ist ein Kooperationspartner der Ford-Werke GmbH. Angebot gilt bei Vertragsabschluss für 365 Tage am Stück (12 Monate) und nur für Gewerbekunden (ausgeschlossen sind Großkunden mit Ford Rahmenvertrag). Aktionszeitraum: 04.05.2015–31.12.2015. Es wird ein Überlassungsvertrag über 365 Tage mit der ASS Athletic Sport Sponsoring GmbH geschlossen. Teilnahmeberechtigte Fahrzeuge sind ausgewählte noch nicht zugelassene Modelle: Ford Focus, Ford Mondeo, Ford Kuga, Ford (Grand) C-MAX, Ford S-MAX und Ford Galaxy. Details erfahren Sie bei allen teilnehmenden Ford Partnern. Pro Gewerbekunde kann maximal ein Fahrzeug pro Modell, somit maximal 6 Fahrzeuge insgesamt, überlassen werden. Der Nachweis eines ausgeübten Gewerbes und eines hierfür gewerblich genutzten Fremdfabrikats ist Voraussetzung zur Teilnahme an der Aktion. Mindestalter 18 Jahre.



Eine Idee weiter

Nur so funktioniert Europa: Klare Regeln mit Sanktionen

Im Wirtschaftsleben gibt es das Modell der ehrbaren Kaufleute: ihre Geschäftsbeziehung ist geprägt von Vertrauen und gegenseitigem Wohlwollen,

nicht jeder Spiegelstrich muss schriftlich fixiert werden, Vertragsstrafen gelten als unschicklich. Aber unser Vertrauen in Griechenland, allemal in die Regierung Tsipras, ist weg. Deshalb funktioniert das Modell



Foto: Jöridis Zähning

Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

des „ehrbaren Kaufmanns“ bzw. „ehrbaren Staatsmanns“ dort nicht mehr. Stattdessen brauchen wir klare Regeln mit klaren Sanktionen. Auch im Fußball reden alle von „fair play“, aber niemand würde Freistöße, gelbe und rote Karten abschaffen.

Wir müssen in Europa regeln, wie mit überschuldeten Staaten umzugehen ist und was passiert, wenn sie sich nicht an die Regeln halten. Wie auch in der Wirtschaft brauchen wir eine Insolvenzordnung, die den Staaten den Weg in die Finanzstabilität eröffnet oder einen geordneten Austritt aus der Währungsunion ermöglicht. Eine Insolvenzordnung würde dafür sorgen, dass bei einem Hilfsantrag alle Gläubiger zugleich von einem Zahlungsstopp betroffen wären. Alle Ansprüche würden zunächst nicht mehr bedient. Erst mit einem Hilfsplan würden die Bedingungen für die weitere Schuldentrückzahlung ausgehandelt, ggf. auch ein Schuldenschnitt. Das Land

gewinnt Zeit für die Restrukturierung. Die Geberländer könnten sich auf die Finanzierung der laufenden Ausgaben konzentrieren. Sollte es dann binnen einer bestimmten Frist, z. B. drei Jahre, nicht möglich sein, eine nachhaltige Finanzierung und Schuldentragfähigkeit zu sichern, dann würde die Insolvenzordnung automatisch zu einem geordneten Austritt führen. Schon während des Verfahrens würden Kapitalverkehrskontrollen dafür sorgen, dass keine Kapitalflucht einsetzt. Das gefürchtete Chaos auf den Finanzmärkten könnte durch stabilisierende Maßnahmen verhindert werden.

Wenn rechtlich und ökonomisch das Ausscheiden aus dem Währungsverbund bei gleichzeitigem Verbleib in der EU ermöglicht würde, könnte ein Austritt durch die Gemeinschaft sozial verträglich abgedeckt werden. Wahrscheinlich wird es aber dann gar nicht mehr zu so einem Fall kommen. Denn allein das Vorliegen einer Insolvenzordnung hätte schon disziplinierende Wirkung.

Die Griechenlandkrise bringt vor allem eines ans Licht: Ohne belastbares Regelwerk kann es in Europa so nicht weitergehen. Wir müssen dem Euro ein neues Fundament geben und den Schritt zu einer Insolvenzordnung für Staaten gehen. Denn die aktuellen Konflikte zwischen Schuldner- und Gläubigerstaaten, aber auch zwischen den Gläubigerstaaten, stellen eine akute Gefährdung der Europäischen Idee da. Die fehlenden Regeln bzw. Sanktionen führen zu gegenseitigen Fouls. Wer die Europa-Idee einer zusammen wachsenden Wertegemeinschaft nicht aufgeben will, muss jetzt dafür sorgen, dass es wirksame Regeln gibt und alle sie einhalten.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann

Die AfD kann als deutscher „Front National“ durchaus Erfolg haben

Von Hugo Müller-Vogg

Die meisten Publizisten und Politologen sind sich einig: Mit ihrem Rechtsruck habe sich die „Alternative für Deutschland (AfD)“ selbst erledigt. Ihr drohe nun, wie einst den Republikanern oder der Schill-Partei, der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit.

Zweifellos ist die AfD nach der Abspaltung des „Professoren-Flügels“ eindeutig nach rechts gerückt. Nicht, dass sie nicht schon bisher rechtspopulistisch gewesen wäre. Nur hat ihr gescheiterter Gründer Bernd Lucke sich nicht so plump ausgedrückt, wie das Teile des neuen Funktionärskorps tun. Lucke faselte professoral-verquast von „Entartungen von Demokratie und Parlamentarismus“ oder bediente den Ruf nach dem starken Staat mit einem Lob auf die „Innere Sicherheit der DDR“. Aber die Wähler am rechten Rand nahm er gerne mit.

Jetzt wird bei der AfD Klartext geredet, teilweise auch gepöbelt. Wenn die Bezeichnung des amerikanischen Präsidenten als „Quoten-

Neger“ oder der Grünen als „pädophile Faschisten“ bejubelt werden, wenn ein mächtiger Landesvorsitzender die AfD als „Pegida-Partei“ charakterisiert und das Parteivolk der neuen Anführerin Frauke Petry mit „Petry Heil“-Rufen huldigt, wenn viele Parteimitglieder ihre Ausländerfeindlichkeit kaum noch verbrämen, dann befindet man sich in der Grauzone zwischen Rechtspopulismus und offenem Rechtsradikalismus.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

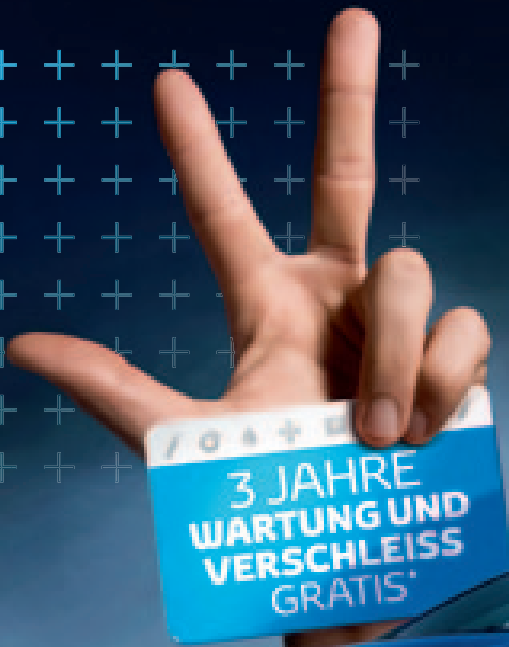
Da mögen Wert-Konservative sich schütteln. Doch ist eine AfD als deutscher „Front National“ keineswegs chancenlos. Wer gegen EU, Euro, USA, TTIP, Ausländer, Asylanten, Schwulen und Lesben ist, wer sich vor Islam, Geldentwertung und sozialem Abstieg fürchtet, wer sich nach klarer Kante sehnt, der wird seine Vorurteile bei der AfD künftig noch besser bedient sehen. Der anhaltende Zustrom von Asylbewerbern dürfte der AfD zusätzlich Wähler zutreiben.

Bisher galt als unumstößliches Gesetz, Deutschland werde auf ewige Zeiten ohne nennenswerte politische Kraft rechts von der Union bleiben. Die Gefahr, dass sich das ändert, ist größer, als viele meinen – leider.



TOYOTA

NICHTS IST UNMÖGLICH



Die Toyota BusinessPlus Wochen.

Der neue Avensis Touring Sports – eines unserer Aktionsmodelle bei den Toyota Business-Plus Wochen. Nur bis zum 30.09.2015 bekommen Sie 3 Jahre den Servicebaustein Wartung, Verschleißteile und -reparaturen gratis* – für viele Modelle als Hybrid, Benziner oder Diesel.

Toyota Business Plus

- Wegweisende Antriebe
- Niedrige Betriebskosten
- Qualität und Service erleben

Erfahren Sie mehr unter businessplus-wochen.de



Yaris



Auris Touring Sports



Prius+



RAV4



Proace

Kraftstoffverbrauch der hier beworbenen Modelle kombiniert 8,6–3,3 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 227–75 g/km.

*Unser „3-Jahre-Wartung-und-Verschleiß-gratis“ Angebot¹ für alle hier gezeigten Toyota Modelle sowie den Toyota Hilux, Verso und Prius. Gilt bei Abschluss eines Leasingvertrags über die Laufzeit von 36 Monaten, Gesamtleistung 45.000 km (Yaris: 30.000 km), wobei monatliche Leasingraten und ggf. eine Mietsonderzahlung anfallen. Der Leasingvertrag umfasst auch Technik-Service (Wartung, Verschleißteile und -reparaturen). Für diese Inklusivleistungen fallen jedoch keine zusätzlichen Kosten an. ¹Ein Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Nur bei teilnehmenden Toyota Vertragshändlern. Dieses Angebot ist nur für Gewerbetreibende gültig. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 30.09.2015.



Jeder ist besonders

Ihre Spende verbessert die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen in Bethel.

Spendenkonto
IBAN: DE48 4805 0161 0000 0040 77
BIC: SPBIDE33XXX
Stichwort »Zukunft«

Bethel 

413

6 ► INHALT



POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann, MdB, zur aktuellen politischen Lage
- 4 **Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg**
kommentiert die Wahlchancen der AfD
- 8 **Bürokratie bremst den Mittelstand aus**
Überreguliert, kompliziert und viel zu zeitaufwändig
- 10 **Wassermangel und Flüchtlingselend**
Länder Nordafrikas und Arabiens suchen dringend Partner zur Lösung ihrer Wasserprobleme. Aber welcher Mittelständler möchte sich in diesen Unruheherden engagieren?
- 14 **Gelb trifft schwarz**
Christian Lindners (FDP) Auftritt bei der Konrad-Adenauer-Stiftung

UNTERNEHMEN

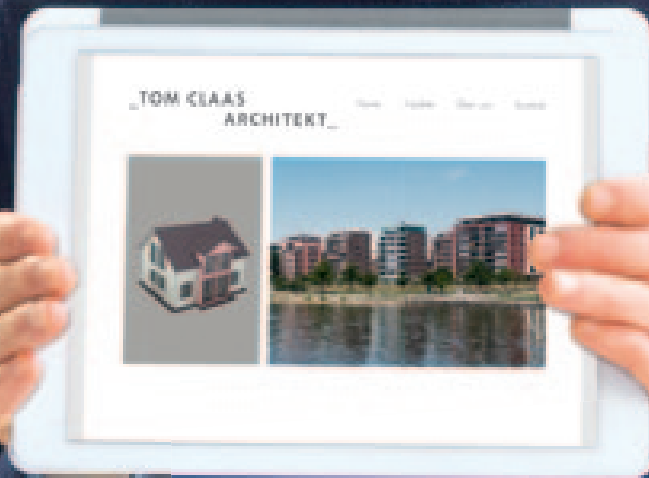
- 16 **Machen, machen, machen**
Praxistipps für Gründungswillige im Silicon Valley Berlin
- 18 **Vorteile durch TTIP**
Familienunternehmen versprechen sich vom Freihandelsabkommen TTIP große Vorteile
- 19 **DATEV weiter auf Erfolgskurs**

SERVICE

- 20 **Auto-Fahrbericht**
Der neue Ford Mondeo überzeugt in der Mittelklasse
- 21 **Unsere Bücherseite**
Für Sie gelesen ...
- 22 **Steuer-Tipps und Urteile**
- 23 **Recht im Gespräch**
Ein Urteil gegen die GEMA sorgt für Gesprächsstoff
- 24 **Unsere Leserreise führt nach Chile**

MIT-/ MU-INSIDE

- 26 **Interview mit MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben**
- 27 **MIT- und MU-Inside**
Deutschland und Europa
- 34 **Auf den Punkt gebracht**
Kolumne von Günter F. Kohl
- 34 **IMPRESSUM**



**1&1 MY WEBSITE
30 TAGE
KOSTENLOS TESTEN!***

ERSTELLEN SIE IHRE ERFOLGREICHE WEBSITE

Nehmen Sie den Erfolg Ihrer Homepage einfach selbst in die Hand. Mit wenigen Maus-Klicks ist Ihre hochwertige Website online und Sie gewinnen viele neue Kunden, z. B. mit der 1&1 Suchmaschinen-Optimierung. Nie war es einfacher, bei Google gefunden zu werden!

Inklusive Experten-Unterstützung rund um die Uhr.



- ✓ Schnell & Einfach
- ✓ Für alle Branchen
- ✓ Inklusive Internet-Adresse



DE:02602/96 91
AT: 0800/100 668



1und1.info

Als wie hoch bewerten Sie gegenwärtig die bürokratische Belastung für Ihr Unternehmen in den folgenden Bereichen?



Quelle: Sage Software GmbH (www.sage.de/buerokratienormzeit), Studie zur „Bürokratie im Mittelstand“ durchgeführt von Emnid, April 2015, n=400; Grafik: Sage Software GmbH, 2015



Überreguliert, kompliziert, zu zeitaufwändig BÜROKRATIE bremst den Mittelstand aus

Den größten Kummer bereitet den Unternehmen der ständig steigende bürokratische Aufwand. Für 70 Prozent der Firmen ist das ein schwerer Klotz am Bein – zehn Prozent mehr als noch bei der Umfrage im Winter 2014. Der Grund sind die komplizierten Dokumentationspflichten beim Mindestlohn, die in diesem Jahr hinzugekommen sind. „Nicht der Mindestlohn an sich ist unser Problem“, heißt es beim schleswig-holsteinischen Unternehmensverband, der die Umfrage durchführte, „sondern der damit verbundene Bürokratismus“.

Die Hydra Bürokratie wuchert weiter

Die Bürokratiebelastung rangiert noch vor den dauerhaften Klagefeldern Verkehrs-Infrastruktur, Fachkräftemangel und Breitbandversorgung auf dem Lande. Trotz vielfältiger Bemühungen des Normenkontrollrats nimmt aus Sicht der meisten mittelständischen Unternehmer die Bürokratielast ungebremst zu. Sie gleicht einer Hydra: Wenn es gelingt, eine Maßnahme oder ein Gesetz zu stoppen, kommen mindestens zwei neue hinterher. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind die Bürokratiekosten und -belastungen im Februar

2015 zwar auf einen Tiefstand gesunken, jedoch teilen 92 Prozent der mittelständischen Unternehmen dieses Ergebnis nicht: Sie stufen die Bürokratiebelastung weiter als „hoch“ bis „sehr hoch“ ein. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Bürokratie im deutschen Mittelstand“ des Software-Unternehmens Sage, die auf der Befragung von 400 Geschäftsführern und Entscheidern durch TNS Emnid beruht. Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn hat die Untersuchung wissenschaftlich begleitet.

Belastung viel zu hoch

Nur ein Prozent der befragten Mit-

telständler sagt laut der aktuellen Studie, dass die Bürokratielast gesunken sei. Mehr als zwei Drittel vertreten hingegen die Ansicht, die Belastung sei in diesem Zeitraum gestiegen. Für 96 Prozent der Umfrageteilnehmer ist die Anzahl der Gesetze und Verordnungen zu hoch. Fast drei Viertel beklagen deren häufige Änderung. Zudem fällt es vielen (65 Prozent) schwer, die Gesetze zu verstehen.

Zeitliche Entlastung

Um eine Entlastung im Bereich Bürokratie zu erzielen, wünschen sich 78 Prozent der Unternehmen vor allem eine Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei Ämtern und Behörden. Fast drei Viertel fordern zudem eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Behörden und Unternehmen. Dieses Ergebnis überrascht nicht, da den mittelständischen Unternehmen der zeitliche Aufwand zu schaffen macht. An zweiter Stelle folgen dann erst die Kosten und die Praxisferne der gesetzlichen Vorgaben.

Bürokratiebelastung richtig messen

Allein die Bürokratiekosten zu messen, ist dabei zu kurz gedacht. Diese sind kein ausreichender Indikator für die tatsächliche Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. Der zeitliche und finanzielle Aufwand der Unternehmen und die Praxistauglichkeit neuer gesetzlicher Grundlagen müssten als Ergebnis der Studie in die Bemessung der Bürokratie mit einbezogen werden.



Illustration: Sage

KEIN ALLHEILMITTEL

„Mit der Einführung der One in, one out-Regelung geht die Bundesregierung einen wichtigen Schritt. Dadurch steigt der Druck auf die Ministerien, in der Gesetzesvorbereitung noch effizienter zu handeln und zu planen. Um neue Gesetzesvorhaben zu kompensieren, werden zudem bereits bestehende Gesetze einer erneuten Prüfung unterzogen. Meines Erachtens ist bei genauerem Hinsehen One in, one out kein Allheilmittel; trotzdem aber ein wichtiger Schritt in Richtung Vermeidung des weiteren Bürokratieaufbaus. Gleichzeitig sollten wir aber darauf achten, politisch gewollte Maßnahmen nicht zu behindern und auch den weiteren Abbau unnötiger Bürokratie voranzubringen.“



Helmut Nowak, MdB, Mitglied des MIT-Bundesvorstands und Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags

DIE ONE IN, ONE OUT-REGEL

Die Bundesregierung hat Ende 2014 Eckpunkte zur weiteren Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie beschlossen. Einer der Schwerpunkte ist die Einführung der One in, one out-Regel in Deutschland. Kern dieses Ansatzes ist es, dass in gleichem Maße Belastungen abgebaut werden, wie durch neue Regelungsvorhaben zusätzliche Belastungen entstehen. Das Ziel ist, den Anstieg von Belastungen dauerhaft zu begrenzen, ohne politisch gewollte Maßnahmen zu behindern. Insbesondere die Umsetzung von Vorhaben der Koalitionsvereinbarung darf weder inhaltlich noch zeitlich ver- oder behindert werden.

Anwendungsbereich

Die One in, one out-Regel wird grundsätzlich für alle Regelungsvorhaben der Bundesregierung angewendet, die sich auf den laufenden Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auswirken. Ausgenommen sind Vorhaben, soweit sie EU-Vorgaben, internationale Verträge, Rechtsprechung des BVerfG sowie des EuGH jeweils 1:1 umsetzen oder der Abwehr erheblicher Gefahren dienen oder zeitlich begrenzte Wirkung (max. ein Jahr) haben.

Die bestehende Methodik zur Ermittlung und Darstellung des Erfüllungsaufwands in Regelungsvorhaben der Bundesregierung bildet die Grundlage für die Anwendung der One in, one out-Regel. Führen Regelungsvorhaben zu konkreten und unmittelbaren Entlastungen der Wirtschaft, werden diese daher von den Belastungen in Abzug gebracht. Sollte der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft (netto) steigen, wird dieser Zuwachs an anderer Stelle in gleicher Höhe kompensiert. Einmaliger Erfüllungsaufwand (Umstellungsaufwand) bleibt außer Betracht. Die neue Regel gilt seit dem 1. Juli 2015.

Foto: UNHCR/ Naserdine Touabla

WASSERMANGEL UND FLÜCHTLINGSELEND

Mittelständische Firmen dringend gesucht – Krieg beendet arabischen Frühling

Das Flüchtlingslager Zaatari an der jordanisch-syrischen Grenze beherbergt zur Zeit 82.000 Syrer, die hier auf ein Abflauen der Bürgerkriegswehen warten und so schnell wie möglich in ihre Heimat zurückkehren möchten

Von Günter F. Kohl

Der Appell des jordanischen Wasserministers Hazim El-Nasser klingt fast flehentlich: „Kommen Sie zu uns, helfen Sie uns, unsere vom Bürgerkrieg gezeichneten Länder wieder aufzubauen und unsere dringendsten Probleme bei der Wassergewinnung und Abwasserbeseitigung zu lösen.“ Der Hilferuf richtete sich in erster Linie an die anwesenden deutschen Techniker, Wissenschaftler und Mittelständler, die der Euro-Mediterran-Arabische Länderverein (EMA) zum Wasserforum nach Amman in Jordanien eingeladen hatte.

Zahlreiche Fachminister aus dem arabischen Raum und aus Nordafrika suchten mit europäischen Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft

und Politik nach Auswegen aus dem Dilemma, das diese Länder immer stärker plagt – dem Wassermangel. Angesichts der Millionen Flüchtlinge in dieser Region hat sich die Problematik noch verschärft. Prinz Hassan bin Talal, Bruder des verstorbenen Königs Hussein von Jordanien, sieht in der Sicherstellung der Wasserversorgung ein Element regionaler Stabilisierung.

Kein gutes Investitionsklima

Dabei richten sich die Erwartungen vornehmlich auf Deutschland, das schon jetzt in zahlreichen Projekten des „grünen Bereichs“ engagiert ist. Inwieweit sich hier, ebenso wie in Tunesien, dem Ausgangspunkt des arabischen Frühlings, und anderen Ländern Arabiens und Nordafrikas Chancen für den deutschen Mittelstand bieten, erscheint zur-

zeit eher fraglich. Jedenfalls. Zwar herrscht an guten Ideen und gut gemeinten Plänen kein Mangel. Allerdings wird erwartet, dass Firmen die Projektfinanzierung gleich mitbringen. Deshalb sind, wie bei allen Investitionsvorhaben, auch auf dem Wassersektor im Augenblick wohl nur big player wie Maschinen- und Anlagenbauer gefragt, mittelständische Firmen dagegen eher als Subunternehmer. Kriege, Bürgerkriege, fortwährende Attentate, Anschläge und Entführungen bieten kein gutes Investitionsklima, von anderen Faktoren wie Rechtssicherheit, Zahlungsverhalten, Eigentumssicherung oder Planungssicherheit ganz abgesehen.

Es ist daher verständlich, dass das Interesse der Gastgeber dem Präsidenten der EMA, Alt-Bundespräsident Christian Wulff galt. Ein solch hohes



Foto: Günter Kohl

Staatsamt verbinden Araber wie selbstverständlich mit Geld, Einfluss und Macht. Der kleine Zusatz „a.D.“ mindert in den Augen der Gäste die Bedeutung des ehemaligen deutschen Staatsoberhauptes überhaupt nicht, zumal Christian Wulff in Auftreten und Habitus den Erwartungen seiner Gastgeber voll gerecht wird. Für die EMA ist ihr neuer ehrenamtlicher Präsident ein absoluter Gewinn, ein Türöffner und protokollarisch hoch eingestufte Delegationsleiter. Nicht zufällig deckt sich das Tätigkeitsfeld des Hamburger Ländervereins mit den regionalen Interessen und der religiösen Offenheit ihres Präsidenten.

Mit ihrem Wasserforum will die EMA deutsche KMU mit einschlägiger Expertise auf dem Gebiet der Wassertechnologie mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut machen. Nachhaltige Lösungen angesichts der Flüchtlings-

krise in vielen arabischen Ländern werden diskutiert und problematisiert. Sicher kommen die gebeutelten Länder nur mit internationaler Zusammenarbeit und einem intensiven Wissens- und Technologietransfer weiter. Aber überall fehlt es an Geld, an baureifen Projekten, an der Unterstützung der Behörden sowie an Facharbeitern.

ZAATARI **Alle warten auf die ersehnte Rückkehr**

Der Unterschied zwischen der Theorie des politisch-wissenschaftlich-technisch angelegten Wasser-Forums und zum Beispiel der Praxis in dem weltweit zweitgrößten Flüchtlingscamp Zaatari an der Grenze zu Syrien könnte nicht größer sein. Hohe Zäune, Nato-Draht-Rollen, Stacheldraht. Sand, Staub, Hitze. Durch-

„Im Ausland verleiht ihm seine Zeit als Bundespräsident immer noch Bedeutung. Wulff genießt es“, schrieb „DER SPIEGEL“ über diese Reise



Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind besonders in der arabischen und nordafrikanischen Region ein Thema von Frieden und Krieg



Fotos: Günter Kohl

schnittlich stehen, gefördert aus drei Brunnen und mit Tankwagen von außerhalb herangeschafft, 35 Liter Wasser pro Person zur Verfügung – jedenfalls auf dem Papier. Eine von Deutschland erbaute Kläranlage verarbeitet einen Teil des Abwassers, gesammelt in hunderten Klärgruben und transportiert von Dutzenden Transportern.

Im Camp gibt es 124 öffentliche Toiletten- und Duschanlagen, die jeweils für mehrere Straßen oder Familien gedacht sind. Kaum installiert, sind Wasserhähne und Schläuche weg. Viele der Flüchtlinge sind gelernte Handwerker, die sich diese Armaturen für ihre Container oder Zelte sichern, weil sie die gemeinsamen Sanitäreinrichtungen scheuen.

Alle Bewohner sind registriert, biometrisch erfasst und mit Ausweisen ausgestattet. Die Zugangskontrollen sind streng, schon als Schutz vor unerwünschten Personen, vor allem aus dem terroristischen IS. Wer das Lager auf Dauer verlässt, der kommt nicht mehr hinein, denn mittlerweile verdingen sich vor allem junge Leute aus den Flüchtlingsfamilien des Geldver-



Foto: Günter Kohl

Leben vor und hinter Nato-Draht-Zäunen: 12.500 Kinder sind in den drei Jahren des Bestehens des Zaatari Camps hier geboren worden



dienens wegen den in Syrien kämpfenden verschiedenen Milizen.

Unterdessen blühen im Camp Handel und Wandel. Viele verdienen sich durch Arbeiten für die Campverwaltung etwas zu dem kargen „Taschengeld“ hinzu, das sie monatlich vom UNHCR erhalten. Andere betreiben Läden, Handwerksbetriebe, ob schwarz oder legal – 2.500 Läden gibt es hier. Vom Brautkleid bis zum Fernseher ist alles zu haben. Seit kurzem gibt es sogar einen Pizza-Service. Die Bewohner schauen Fernsehen, sind auf Facebook aktiv oder twittern mit Freunden und Bekannten, 60 Prozent besitzen ein Smartphone.

Jedoch, die übergroße Mehrheit der Geflüchteten harrt hier nur aus in der Hoffnung, so bald wie möglich wieder in ihre Heimat, in das vertraute Zuhause, zurückkehren zu können. Die Aussicht dazu ist eher schlecht, ein Ende des syrischen Bürgerkriegs mag niemand voraussagen.

Zaatari Flüchtlingscamp

Acht Kilometer von der syrischen Grenze entfernt, liegt auf jordanischem Gebiet das Flüchtlingscamp Zaatari. Hier einige Fakten:

- ▶ Seit der Eröffnung im Jahr 2012 passierten 430.000 Flüchtlinge das Lager, das geführt wird von der jordanischen Armee und dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)
- ▶ Zur Zeit leben in diesem zweitgrößten Flüchtlingslager der Welt 82.000 Menschen und bilden die viertgrößte Stadt Jordaniens, darunter 47.000 Jugendliche, von denen nur 8.000 beschult werden (können)
- ▶ Ca. 2.500 Läden und zwei jordanische Supermärkte (2 Mio. Euro Umsatz pro Monat) stellen die Versorgung sicher
- ▶ Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind problematisch, die Stromversorgung nur stundenweise möglich
- ▶ Kosten des Lagers pro Tag: 450.000 Euro, finanziert von mehreren Dutzend Ländern
- ▶ Jordanien hat ca. 8 Mio. Einwohner, etwa die Hälfte davon Palästinenser, die bereits vor Jahrzehnten als Flüchtlinge ins Land kamen und seit jüngster Zeit wieder 1,3 Millionen Flüchtlinge, vorwiegend aus Syrien



Fotos: Günter Kohl



Von den 82.000 syrischen Flüchtlingen im Camp Zaatari in Jordanien sind über 16.000 Kinder unter fünf Jahren



Foto: KAS/ Marco Urban

„Farbe bekennen“ - Hauptredner am Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2015 war der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner

Christian Lindner bei der Adenauer-Stiftung „Schön, dass Sie sich zu Gelb bekennen“

„Schön, dass Sie sich unter den vielen Farben, die zur Wahl stehen, zur Farbe Gelb bekennen!“ Nur allzu gerne nahm Christian Lindner in Anspielung an das Motto des Tages der Konrad-Adenauer-Stiftung „Farbe bekennen – Demokratie braucht Demokraten“ in Berlin die Vorlage auf, die sich ihm bot, bevor er zu seiner gut 40-minütigen Rede ansetzte. Anders als in den Jahren zuvor, als der Vorsitzende der KAS, Hans-Gert Pöttering, fast ausnahmslos Redner der CDU in der Berliner Akademie begrüßen konnte, war dieses Mal die FDP mit ihrem Vorsitzenden geladen.

Lindner spekulierte über das Motiv der Einladung - zwei Jahre nachdem seine Partei erstmalig nicht mehr in den Deutschen Bundestag eingezogen war: „Wenn christliche Demokraten den FDP-Vorsitzenden einladen, dann muss das Ausdruck ihres karitativen Engagements für die Schwächsten der Gesellschaft sein“.

FDP pur

Was folgte, war im Großen und Ganzen FDP-pur: marktliberal, unternehmerfreundlich, auf die Stärken des Individuums vertrauend, was von manch einem der 800 Zuhörer mit einem freundlichen zustimmenden Nicken quittiert wurde, in

etwa so, als grüße man einen alten Weggefährten.

Applaus erntete Lindner auch für seine grundsätzlichen Statements. Das waren erstens: Angesichts der autoritären Herausforderungen, der Fliehkräfte weltweit, müsse der Westen selbstbewusst und wehrhaft seine Werte verteidigen. Zweitens: Auch wenn versucht wird, die Demokratie gegen die Soziale Marktwirtschaft auszuspielen, dürften beide Ordnungen nicht voneinander getrennt werden. Und drittens: Die Bilanz der Demokratie in Deutschland ist ausgezeichnet. Und das trotz aller sicherlich vorhandenen kleineren und größeren Probleme.

Wahlrecht – eine moralische Verantwortung

Eines besorgt Lindner indes umso mehr: Die Bürger jubelten leider immer seltener über die Demokratie. Mittlerweile gelte es als chic, sich der Stimme bei Wahlen zu enthalten. Und das in einer Zeit, in der Millionen Menschen weltweit davon träumen, einmal in ihrem Leben in freier und geheimer Wahl die Richtung ihres Landes mitzubestimmen. Wie „ein Schlag ins Gesicht“ sei vor diesem Hinter-

grund die geringe Wahlbeteiligung hierzulande. Lindner: „Das Wahlrecht ist doch eine moralische Verantwortung.“

Es war eine gute Rede. Sichtbar dankbar hat Lindner seine Chance genutzt, die Positionen der neuen alten FDP einem Publikum, das man wohl ohne Unterstellung eher beim langjährigen Koalitionspartner verorten darf, in Erinnerung zu rufen. Dennoch, und auch das kann man ohne ein schlechtes Gewissen zu bekommen, nun im Nachhinein sagen, war die prophylaktische und leicht ironisch ausgesprochene Sorge des KAS-Vorsitzenden unbegründet. Pöttering hatte in Richtung Lindner gesagt: „Wir haben Sie nicht eingeladen, damit Sie hier Stimmen holen.“

Quelle: KAS



Foto: KAS/ Marco Urban

Vorsitzendenrunde (von links): KAS-Ehrevorsitzender Bernhard Vogel, KAS-Vorsitzender Hans-Gert Pöttering und FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner



Innovation
that excites



NISSAN PULSAR VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **36 Monate**

Gesamtleistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

€ 249,-¹ (brutto)

€ 209,-¹ (netto)

DER NISSAN PULSAR. AUCH FÜR GROSSE KLEINUNTERNEHMER.

Mit Abstand am besten: der NISSAN PULSAR mit der größten Beifreiheit seiner Klasse.²

Mit seinem geräumigen Innenraum, sportlichen Design und einer hochwertigen Verarbeitung bringt der NISSAN PULSAR neue Klasse in die Kompaktklasse. Ob AROUND VIEW MONITOR für 360° Rundumsicht³ oder NissanConnect Navigationssystem, der PULSAR überzeugt auch in puncto Ausstattung mit Großzügigkeit. Sparsam ist einzig der 1,5-l-Dieselmotor, mit dem Sie auch entferntere Ziele ins Auge fassen können. Steigen Sie ein und machen Sie Ihr Unternehmen noch ein wenig effizienter. Mehr Informationen auf nissan.de

Gesamtverbrauch l/100 km: innerorts 4,1, außerorts 3,3, kombiniert 3,6; CO₂-Emissionen: kombiniert 94,0 g/km (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 36 Monaten bis 60.000 km zzgl. Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 30.09.2015 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 15.10.2015 für das oben ausgewiesene Modell. ²Aussage gültig in Bezug auf die zweite Sitzreihe. ³Erst ab Ausstattungsvariante TEKNA. Ein Angebot für Gewerbetreibende von NISSAN FLEET SERVICES, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrußscheine. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.





Ratschlag für Gründungswillige Machen, machen, machen ...

Exklusiv-Interview mit der Autorin des Buches „Silicon Valley in Berlin“, Nadine Schimroszik

Die Fragen stellte Günter Kohl

Das Gründungsklima in Deutschland ist ja nicht das allerbeste - woran liegt das?

Nadine Schimroszik: Nur wenige Deutsche sind mit dem Gründen vertraut. Das liegt zum einen daran, dass viele Arbeitsplätze als relativ sicher gelten und die Aussichten für junge Menschen hoch sind, einen guten Job im Angestelltenverhältnis zu finden. Zum anderen ist das Gründen beispielsweise im Vergleich zu den USA nicht so positiv besetzt. Dort gilt es als etwas Herausragendes, sich selbstständig zu machen und eine eigene Firma zu

gründen, während es in Deutschland vielerorts noch als Notlösung angesehen wird. Viele Menschen kommen kaum in Berührung mit Gründern, an Schulen und Universitäten aber auch in der Politik spielt das Thema eine untergeordnete Rolle. An dieser Sichtweise ändert sich langsam etwas, was beispielsweise die derzeit recht hohe Gründerquote in Berlin zeigt. Dies ist wichtig, da eine substanzielle Gründerlandschaft eine wichtige Rolle bei der künftigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands spielt.

Wie hat ausgerechnet Berlin denn seinen guten Ruf als Hot Spot für Start-ups erworben?

Schimroszik: Da haben die zwei großen und mittlerweile börsennotierten Start-ups - Zalando und Rocket Internet - viel zu beigetragen. Ihr Erfolg, wie auch der anderer nunmehr über Deutschland hinaus tätiger Jungfirmen wie Dawanda, Wooga und Mister Spex, haben eine Sogwirkung erzeugt. Das lockt Gleichgesinnte an. Darüber hinaus sind die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu München und Hamburg, aber vor allem im Vergleich zu London und dem Silicon Valley niedrig. Es gibt noch günstige Büroräume, auch wenn es langsam schwieriger wird, diese zu finden. Die Kreativszene, die zahlreichen Clubs und Künstler, die in Berlin heimisch sind, ziehen junge Leute und damit Talente für Startups an. Die Politik versucht, den Schub zu nutzen und zeigt seit einiger Zeit mehr Präsenz. Es muss viel getan werden, um das Momentum möglichst gewinnbringend zu nutzen.

Wen sehen Sie in der Unterstützung von Start-ups am ehesten gefordert: den Staat oder den privaten Sektor?

Schimroszik: Beides muss und sollte zusammenkommen und ineinander greifen. Zwar ist der Staat nicht dafür da, gute Geschäftsideen zu entwickeln, kann die Erde dafür aber bereiten. Als vorbildhaft finde ich dabei den High-Tech Gründerfonds (HTFG), der staatlich gefördert wird und sich der Finanzierung von Startups in der Frühphase verschrieben hat. An den Fonds des High-Tech Gründerfonds sind Großkonzerne wie BASF, Siemens, Deutsche Telekom und Daimler beteiligt. Laut einer Studie des Startup Europe Partnership (SEP) ist der High-Tech Gründerfonds der zweitaktivste Investor in Europa. Es gibt bereits Forderungen, dieses Finanzierungsinstrument auch auf die späteren Phase einer Unternehmensgründung auszu-



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann beim ersten Start-up-Kongress der MIT in Berlin

dehnen und entsprechend besser ausgestattete Fonds aufzusetzen. Seitens des Privatsektors sehe ich die Notwendigkeit, stärker in Interaktion zu treten. Mitarbeitern könnte für eine gewisse Zeit erlaubt werden, auf eigene Verantwortung zu tüfteln und zu forschen. Auszeiten mit Jobgarantie könnten anregen, eine eigene Firmenidee weiterzuentwickeln. Online-Plattformen könnten den Kontakt zwischen jungen Gründern, Großkonzernen und vor allem dem Mittelstand herstellen. Da gibt es noch Berührungspunkte und wohl auch zu wenig Wissen voneinander.



Nadine Schimroszik ist Redakteurin bei der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin und Autorin des Buches „Silicon Valley in Berlin“, das vor kurzem erschienen ist

Was kann, was sollte der Gesetzgeber zur Förderung der Gründerszene tun?

Schimroszik: Es gibt seitens des Gesetzgebers ziemlich viele Pläne und Ideen, um die Zahl der Gründungen zu erhöhen und Startups das Leben zu erleichtern. Dazu gehören zum einen die Hightech-Strategie und die Digitale Agenda. Wie die Ziele erreicht werden sollen, ist nicht in allen Fällen klar. Startups bemängeln immer wieder, dass es in Deutschland an Wachstumskapital

mangelt. Diesbezüglich könnten Steuererleichterungen im Gegenzug für Investitionen, die Kofinanzierung von VC-Fonds wie auch steuerliche Anreize für Reinvestitionen von Veräußerungsgewinnen helfen. Wichtig wäre darüber hinaus die Einführung von Öffnungsklauseln, die es regulierten Investoren erlauben, einen Teil ihres Kapitalvolumens als Wagniskapital zu investieren. Dabei kann der Staat auch dabei helfen, beispielsweise dass Gründern in den Schul- und Uni-Alltag eingebaut wird. Auch die Vereinfachung von Mitarbeiterbeteiligungen gilt als eine mögliche Maßnahme, die Startups und ihre Angestellten unterstützt.

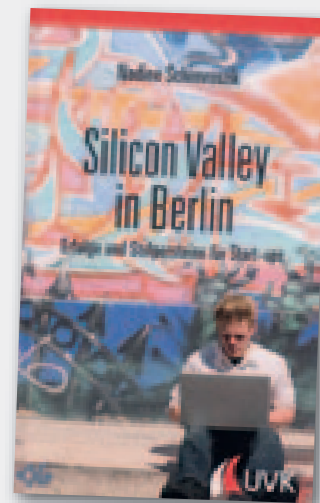
Ist der Mindestlohn ein Hindernis in der Szene?

Schimroszik: Der Mindestlohn soll der „Generation Praktikum“ den Garaus machen. Da traditionell für Startups viele Praktikanten arbeiten, sind sie von der Einführung des Mindestlohns stark betroffen. In der Regel zahlen die Firmen monatlich zwischen 600 und 800 Euro an einen Praktikanten. Zahlt man den Mindestlohn, sind knapp 1400 Euro fällig. Aufgrund der aktuellen Regeln stellen Jungfirmen häufig Praktikanten nur noch für drei Monate ein,

um um den Mindestlohn herumzukommen. Die Zeit wiederum schätzen viele als zu kurz ein, da das Einarbeiten bereits viel davon verschlingt. Viele Gründer fordern deswegen eine Ausdehnung der Vorgaben für Praktikanten auf sechs Monate, ohne den Mindestlohn begleichen zu müssen.

Haben Sie drei kurze Ratschläge für Gründungswillige?

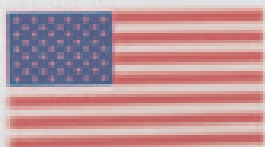
Schimroszik: Machen, machen, machen. An die eigene Idee glauben, diese gut ausarbeiten, sich Mentoren und Geldgeber suchen und dann nicht mehr zögern, sondern loslegen.



Silicon Valley in Berlin

Nadine Schimroszik
Geb., 200 S., 24,99 Euro
ISBN 978-3-867-64589-8
UVK Verlag

Was braucht es, um ein erfolgreiches Ökosystem für Start-ups zu schaffen? Wo und wie finden Gründer und Investoren zusammen? Was macht Berlin mittlerweile so spannend für junge Unternehmer und warum ist die Stadt dennoch Lichtjahre von dem Erfolgsmodell Silicon Valley entfernt? Antworten auf diese und andere Fragen gibt die Autorin Nadine Schimroszik, Redakteurin für Unternehmens- und Technologieberichterstattung in einer Nachrichtenagentur in Berlin



TTIP



Investorenschutz

Deutschlands Familienunternehmen setzen voll auf TTIP

TTIP-Verhandlungen zum Erfolg führen

Deutschlands Familienunternehmen erwarten für sich klare Vorteile durch das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP. Sie gehen zudem davon aus, dass die USA binnen drei Jahren zum wichtigsten Exportland für sie werden. Das zeigt die aktuelle Befragung „Die größten Familienunternehmen in Deutschland“, die das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutschen Bank ausgewertet hat. Befragt wurden 400 der größten Familienunternehmen in Deutschland mit einem Jahresumsatz von mindestens 50 Millionen Euro.

Derzeit führt Frankreich noch die Liste der wichtigsten Exportländer an, gefolgt von den USA und China. Dennoch sind schon heute 45 Prozent der großen Familienunternehmen auch auf dem US-amerikanischen Markt tätig. Von ihnen rechnen 74 Prozent durch TTIP mit Erleichterungen bei den Zöllen. 66 Prozent sehen die gegenseitige Anerkennung oder Vereinheitlichung bei Test-, Zulassungs- und Zertifizierungsverfahren als Vorteil für ihr Unternehmen. „Für Deutschlands Unternehmen werden die USA als Absatzmarkt immer wichtiger. Die Politik muss deshalb alles daran setzen, die

Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zügig zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Wir Familienunternehmer stehen voll und ganz hinter TTIP“, sagt Ingeborg Neumann, BDI-Vizepräsidentin.

Insgesamt sind gut neun von zehn der großen deutschen Familienunternehmen im Ausland aktiv: Rund 80 Prozent der befragten Unternehmen exportieren Waren und Dienstleistungen, fast 60 Prozent haben Tochtergesellschaften außerhalb Deutschlands, von denen wiederum 40 Prozent auch im Ausland produzieren.

Große Risiken sehen die Familienunternehmen in der Geopolitik: Durch die Krise in der Ost-Ukraine erwarten mehr als die Hälfte (57 Prozent) der befragten Familienunternehmer in den nächsten zwölf Monaten für die eigene Firma negative Konsequenzen. 67 Prozent dieser Unternehmer befürchten rückläufige Umsätze. „Die Sanktionen schmerzen die Unternehmen. Doch die Stärke des Rechts ist wichtiger als das Recht des Stärkeren“, sagt Textilunternehmerin Neumann. „Langfristige Rechtssicherheit ist wichtiger als kurzfristiger Profit. Es gilt der Primat der Politik, und deshalb tragen wir die Sanktionen mit.“ Sehr selbstbewusst geben sich die deut-

schon Familienunternehmen in Bezug auf die Qualität ihrer Arbeit: 78 Prozent der Befragten halten ihre Produkte und Dienstleistungen für überlegen gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Auch die Service- und Beratungsleistungen sind aus Sicht von 76 Prozent der befragten Unternehmen besser als die der ausländischen Wettbewerber. Mehr als 60 Prozent der Familienunternehmer sehen sich beim Thema Kundennähe (66 Prozent) und bei Innovationen (63 Prozent) im Vorteil.

Ihre wirtschaftliche Lage sehen die großen Familienunternehmen positiv: Jedes zweite von ihnen bewertet sie als gut, rund zehn Prozent sogar als sehr gut. Bei den Aussichten für die nächsten zwölf Monate dominiert ebenfalls die Zuversicht: Zwei Drittel der Befragten rechnen mit einer guten bis sehr guten Entwicklung für ihr eigenes Unternehmen. „Die optimistischen Erwartungen spiegeln sich auch in den Investitionsplänen der befragten Familienunternehmen für 2015 wider: Gut 40 Prozent von ihnen planen weitere Aktivitäten sowohl im Inland als auch im Ausland. Jedes dritte große Familienunternehmen beabsichtigt, weiterhin neue Mitarbeiter einzustellen“, so Professorin Dr. Friederike Welter, Präsidentin des IfM Bonn.

DATEV

DATEV setzt Wachstumskurs fort

Digitalisierung in Unternehmen schreitet voran – Überprüfung der kaufmännischen Prozesse in den deutschen Unternehmen notwendig

Auch im ersten Halbjahr 2015 konnte die DATEV eG ihren Wachstumskurs fortsetzen. Der Umsatz der Genossenschaft wuchs in den ersten sechs Monaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 15,2 Millionen Euro auf 438,9 Millionen Euro. „Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwarten wir auch für das gesamte Geschäftsjahr 2015 eine erfreuliche Umsatzentwicklung. Die IT-Branche zeigt sich von ungebrochener Innovationsdynamik mit einer Wachstumserwartung von 3,2 Prozent. Diese Dynamik möchte die DATEV nutzen und erwartet daher für das laufende Geschäftsjahr ein Wachstum in mindestens dieser Größenordnung“, so Prof. Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV, auf der Jahrespressekonferenz des Unternehmens in Nürnberg.

Digitalisierung von Prozessen nimmt Fahrt auf

Ein prägendes Thema der nächsten Jahre für DATEV ist die fortschreitende Digitalisierung von Prozessen in und zwischen Berufsstand, Unternehmen und Verwaltung. Die Weiterentwicklung von sicheren Cloud-Lösungen spielt dabei eine entscheidende Rolle. Dreh- und Angelpunkt der arbeitsteiligen Prozesse zwischen DATEV, ihren Mitgliedern und deren Mandanten ist das DATEV-Rechenzentrum. Im Rahmen einer entsprechenden Cloud-Komplettlösung können die Anwender auf Programme für Rechnungswesen, Personalwirtschaft, Steuer-

deklaration und Kanzleisicherheit zugreifen. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Akzeptanz von Cloud-Lösungen ist der einfache und sichere Zugang. Dies lässt sich anschaulich am rasant wachsenden Nutzerkreis für die Plattform „Arbeitnehmer online“ ablesen: Seitdem Ende 2014 das komfortable und sichere smsTAN-Verfahren zur Authentifizierung eingeführt wurde, nutzen mittlerweile über 35.000 Arbeitnehmer die Plattform, um Gehaltsabrechnungen online abzurufen. Auch bei der derzeit pilotierten mobilen Authentifizierungslösung DATEV SmartLogin stehen Sicherheit und einfache Nutzung im Fokus. Die Smartphone-App ermöglicht einen vergleichbar hohen Sicherheitsfaktor wie bei einer SmartCard, ist aber erheblich einfacher zu handhaben.

Licht und Schatten: Rechtsunsicherheit und Digitalisierung

Bei der digitalen Buchführung müssen



Professor Dieter Kempf, Vorstandsvorsitzender der DATEV

Über DATEV eG

Die DATEV eG ist das Softwarehaus und der IT-Dienstleister für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie deren zumeist mittelständische Mandanten. Mit über 40.000 Mitgliedern, nahezu 6.800 Mitarbeitern und einem Umsatz von 844 Millionen Euro (Geschäftsjahr 2014) zählt die DATEV zu den größten Informationsdienstleistern und Softwarehäusern in Europa. So belegt das Unternehmen Platz 4 im Ranking der deutschen Softwarehäuser (Quelle: Statista).

alle Unternehmen in Deutschland, auch Kleinunternehmen und Freiberufler sowie deren steuerliche Berater seit dem 1. Januar 2015 aufpassen. Die von der Finanzverwaltung neu formulierten „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“ (GoBD) sind zwar als Beitrag zum Abbau von Rechtsunsicherheit im Prinzip zu begrüßen. Allerdings sind damit seit Jahresbeginn auch einige Fallstricke verbunden. So ist zu erwarten, dass etwa in Betriebsprüfungen verschärft geprüft wird, ob die darin enthaltenen Anforderungen erfüllt wurden. Eine Reihe von Berufen, darunter auch Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer, müssen zudem genau prüfen, wie ihre berufsrechtlichen Verschwiegenheitsverpflichtungen mit dem unmittelbaren Datenzugriffsrecht der Finanzverwaltung in Einklang gebracht werden können.

Neue Ausbildungsberufe

Angesichts des vielfach diskutierten Fachkräftemangels setzt die DATEV auf eine konsequente Nachwuchsförderung in Ausbildung und Studium, auch und insbesondere in der Metropolregion Nürnberg. Unter anderem hat das Unternehmen zum Ausbildungsstart 2015 das Angebot um zwei neue gewerbliche Ausbildungsberufe, zum Medientechnologen Druck und zum Elektroniker, erweitert. Von den für den Ausbildungsjahrgang 2015 zu vergebenden Stellen konnten fast alle 53 Stellen besetzt werden.

FAHRBERICHT FORD MONDEO

In drei Karosserie-Versionen lieferbar

Fotos: Ford-Werke



Lange haben die Mondeo-Fans auf das neue Modell gewartet

Die neue Baureihe des Ford Mondeo ist in drei Karosserie-Versionen lieferbar: als 4-Türer (exklusiv in Kombination mit Hybrid-Antrieb), als 5-Türer sowie als Kombi-Version Turnier. Zudem steht die bislang umfangreichste Motorenpalette in der 21-jährigen Mondeo-Historie zur Wahl. Zu den herausragenden Motoren-Innovationen der neuen, vierten Modell-Generation zählen ein Hybrid-Antrieb; der erstmals in einem Modell dieses Segments zum Einsatz kommende 1,0-Liter EcoBoost-Dreizylinder-Benziner; die neue 1,5-Liter-EcoBoost-Variante sowie der optimierte 2,0-Liter-TDCi-Diesel. Eine Premiere für die Baureihe, die auf der neu konzipierten CD-Architektur von Ford aufbaut, ist zudem der Allradantrieb von Ford, der in Kombination mit dem 2,0-Liter-Dieselmotor verfügbar ist. Ein automatisches Start-Stopp-System gehört jetzt generell zur Serienausstattung.

Ein Jahr Verspätung

Lange haben seine Fans auf diesen Mondeo gewartet: „Der Liebling der

Dienstwagenfahrer und Familienväter“, schreibt die FAZ, „kam mit mehr als einem Jahr Verspätung auf den Markt. Gut Ding will Weile haben.“ 35.450 Euro kostet der traditionell mit dem Beinamen Turnier firmierende Mondeo-Kombi mit dem starken Diesel mit 180 PS.

Unter der Karosserie überzeugt das neue Flaggschiff mit einer Vielzahl an modernen Technologien: von adaptiven Frontscheinwerfern mit

LED-Technologie, die vielseitig einstellbaren Multikontursitze bis hin zum Gurt-Airbag-System für die Passagiere auf den hinteren Außenplätzen. Hinzu kommt eine weitere Innovation: Im neuen Mondeo feiert der „Pre-Collision-Assist“ mit Fußgänger-Erkennung seine Weltpremiere.

Zu den lieferbaren Wunschausstattungen gehören auch ein Panoramadach mit „Solar Reflect“-Wärmeschutz, ein angenehm großer Touchscreen-Monitor, mit dem Mobiltelefone, die Klimatisierung sowie Entertainment- und Navigationssysteme bedient werden.

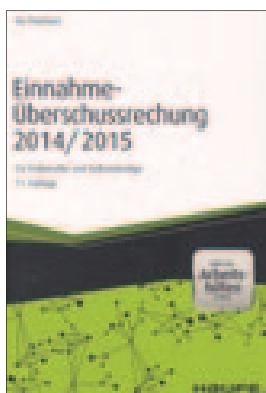
Den Kraftstoffverbrauch gibt Ford für l/100 km so an: 10,3 – 2,8 (innerorts), 5,8 – 3,3 (außerorts), 7,5 – 4,1 (kombiniert); CO₂-Emissionen (kombiniert): 174 – 94 g/km. CO₂-Effizienzklasse: D – A+. Natürlich weiß jeder Autofahrer, was er bei allen Herstellern von solchen Normwerten zu halten hat.

Insgesamt ist der neue Mondeo den Ford-Werken gut gelungen. In der Käufergunst wird er gewiss seinen Wettbewerbern von VW und Opel ordentlich zusetzen, wozu sicherlich auch der „volkstümliche“ Einstiegspreis von 25.400 Euro beitragen wird.

G. K.



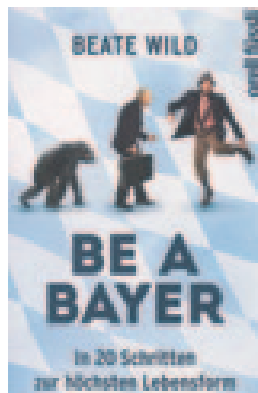
Eine übersichtliche Instrumententafel und ein großes Display zeichnen das Innere des Mondeo aus



Einnahme-Überschuss-Rechnung

Für Freiberufler und Selbstständige
Broschur, 280 S., 29,95 Euro
ISBN 978-3-648-06318-7
Haufe Verlag

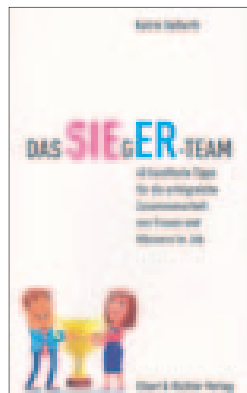
Das Buch (11. Auflage) zeigt Schritt für Schritt, wie man eine Einnahme-Überschussrechnung für die Steuererklärung richtig erstellt: von der Belegsammlung bis zur EÜR. Zahlreiche Praxistipps helfen dabei, weniger Steuern zu zahlen. Die Neuauflage des bewährten Ratgeberbandes berücksichtigt umsatzsteuerliche Änderungen 2015 sowie die Privatnutzung von Pkw und Fahrrad.



Be a Bayer

Beate Wild
Broschur, 224 S., 14,95 Euro
ISBN 978-3-280-05565-6
Orell Füssli Verlag

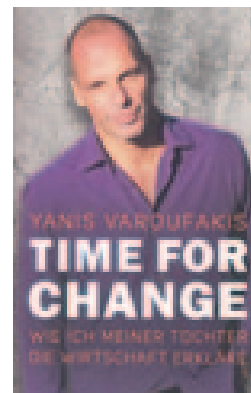
Es gibt unzählige Klischees über die Bayern – und alle sind wahr. Das jedenfalls behauptet die Autorin, selbst Bayerin. Für Nicht-Bayern liest sich das Buch lehrreich bis amüsant, Bayern dagegen mögen sich hin und wieder etwas unsanft auf den Arm genommen fühlen. Sei es wie es sei: Für Mitglieder der CDU im Berliner Politik-Betrieb ist das Buch eine Pflichtlektüre, weil es zum besseren Verständnis der bayerischen Seele sicherlich beiträgt. Doch wo ist das Pendant zu diesem Buch? Wer erklärt den Bayern die Menschen nördlich des Weißwurst-Äquators?



Das Sieger-Team

Katrin Seifarth
Broschur, 220 S.
ISBN 978-3-831-90603-1
Ellert & Richter Verlag

Wer bisher geglaubt hat, dass Männer und Frauen grundsätzlich nicht zusammenpassen, zumindest im Berufsleben, und sich einsichtig sogar dafür interessiert, wie sich die üblichen Konflikte und Missverständnisse zwischen Männern und Frauen lösen lassen, der sollte dieses Buch lesen. Anschaulich beschreibt die Autorin, wie Adam und Eva im Geschäftsleben ticken und ihr geschlechtstypisches Verhalten an den Tag legen. Humorvolle „Gender Diversity“.



Time for Change

Yanis Varoufakis
Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre
Broschur, 180 S., 17,90 Euro
Carl Hanser Verlag

Sic transit gloria mundi – sechs Monate war der bekennende Marxist Yanis Varoufakis griechischer Finanzminister, jetzt hockt er in seinem Ferienhaus auf einer kleinen Insel, unweit von Athen. Fünf turbulente Monate hat der Selbstdarsteller der Polit-Elite Europas mit seiner Dialektik, seinen Finten und Rochaden beschert und nebenbei die Kredit- und Glaubwürdigkeit seines Landes ruiniert. Nun erklärt er uns kopfschüttelnde und verwunderte Beobachter die Wirtschaftswelt. Der Verlag wird nicht viel Freude an dem Buch haben. Es erschien am 28. Juli. Da war Varoufakis längst Geschichte.

DUDEN Synonymwörterbuch

Kart., 1132 S., 24,99 Euro
ISBN 978-3-411-04086-5, Duden Verlag

Neu ist das Synonymwörterbuch aus dem Duden-Verlag nicht, aber es macht dem Computernutzer für einen Euro zusätzlich ein tolles Angebot: Zum einfachen Nachschlagen am heimischen oder Büro-PC kann man die Software „Duden-Bibliothek Express“ herunterladen. Den Zugang bietet ein im Buch enthaltener Code. Ansonsten die übliche Duden-Gründlichkeit: 300.000 Synonyme zu über 20.000 Stichwörtern.

Ratgeber Gehaltsextras

Broschur, 178 S., 19,99 Euro
ISBN 978-3-944505-30-5, www.datev.de

Dieser von der DATEV eG herausgebende Ratgeber liefert eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten zum Thema Entgeltoptimierung. Er behandelt neben den klassischen steuerfreien Leistungen auch weniger bekannte „Goodies“ wie die der Gesundheitsförderung, Kundenbindungsprogramme oder Parkplatzanmietung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die pauschal besteuerten Lohnbestandteile.

Verlosung

Der Herausgeber DATEV eG hat uns fünf dieser Ratgeber zur Verfügung gestellt, die wir gerne kostenlos und portofrei an unsere Leser weitergeben. Wer sich für eines der Bücher interessiert, schreibe eine E-Mail an info@mitmagazin.com mit dem Stichwort „Ratgeber Gehaltsextras“. Den ersten fünf Einsendern geht dann ein Exemplar zu.

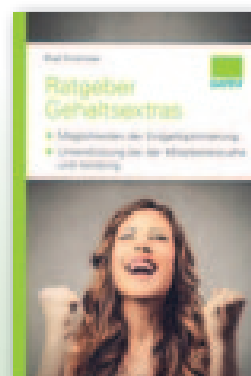




Foto: Pitopia

Steuer-Tipps

Langfristig stille Reserven anlegen

Gewinnermittler nach §§ 4/ I, 5 oder 4/ III EStG können Veräußerungsgewinne aus Grundstücken und Gebäuden, die sechs Jahre als Anlagevermögen einer inländischen Betriebsstätte aktiviert sind, sofort auf bestimmte Ersatzwirtschaftsgüter des Anlagevermögens einer inländischen Betriebsstätte oder zunächst in eine 4 bis 6 jährige steuerfreie Rücklage übertragen.

Erfolgt keine zulässige Reinvestition, fallen nachträglich Ertragsteuern zuzüglich sechs Prozent Zinsen je volles Wirtschaftsjahr an. Folge: In Grundstücke reinvestierte stille Reserven ruhen bis diese veräußert werden oder die unternehmerische Tätigkeit endet.

Der EuGH (Urteil v. 15.04.15- Rs. C-591/13) sieht in der Forderung der Reinvestition in eine inländische Betriebsstätte einen unionsrechtlichen Verstoß. Hoffen wir, dass der Gesetzgeber das Problem mit einer Fünftelungsregelung löst.

StB W. Pfeifer, Berlin
www.steuerberaterpfeifer.de



Kündigung wegen Mindestlohnforderung nicht rechens

Entlassen, weil er den Mindestlohn forderte

Von Michael Henn

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist unwirksam, wenn sie von dem Arbeitgeber als Reaktion auf eine Geltendmachung des gesetzlichen Mindestlohnes ausgesprochen wurde.

Darauf verweist der Stuttgarter Fachanwalt für Arbeitsrecht Michael Henn, unter Hinweis auf das Urteil des Arbeitsgerichts Berlin vom 17.04.2015 – 28 Ca 2405/15.

Der Arbeitnehmer wurde als Hausmeister mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 14 Stunden bei einer Vergütung von monatlich 315 EUR beschäftigt, was einen Stundenlohn von 5,19 EUR ergab. Er forderte von dem Arbeitgeber den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 EUR, worauf der Arbeitgeber

eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf monatlich 32 Stunden bei einer Monatsvergütung von 325,00 (Stundenlohn 10,15 EUR) anbot. Nachdem der Arbeitnehmer die Änderung der Vertragsbedingungen abgelehnt hatte, kündigte der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis.

Das Arbeitsgericht hat die Kündigung als eine nach § 612 a BGB verbotene Maßregelung angesehen. Der Arbeitgeber habe das Arbeitsverhältnis gekündigt, weil der Kläger in zulässiger Weise den gesetzlichen Mindestlohn gefordert habe; eine derartige Kündigung sei unwirksam. Henn empfahl, dies zu beachten und in Zweifelsfällen rechtlichen Rat einzuholen.

Der Autor ist Präsident des VDAA Verband deutscher Arbeitsrechtsanwälte e. V.

Leser fragen – wir antworten

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufsleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt.

Aber Achtung: Wir leisten keine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten und Fachanwälten vor Ort.

Der Bundesgerichtshof hat im Juni 2015 mit einer Entscheidung Aufmerksamkeit erregt, deren Thematik auch uns in der Redaktion in der Vergangenheit immer wieder beschäftigt hat. Für viele Mittelständler ist es ein Ärgernis, wenn sie Ärger mit der GEMA bekommen, nur weil sie im Empfangsbereich, im Wartezimmer oder dem Verkaufsräum das Radio laufen lassen. Diese Problematik hat der BGH nun zumindest zum Teil geklärt.

Eine Zahnarztpraxis hatte den Lizenzvertrag mit der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) fristlos gekündigt. Die GEMA verlangt

weiter die laufenden Gebühren. Amts- und Landgerichte hatten den Zahnarzt zur Teilzahlung verurteilt. Die Revision vor dem BGH brachte der GEMA nicht den erwünschten Erfolg.



Der BGH stellte fest, dass der Lizenzvertrag mit der GEMA durch die fristlose Kündigung des beklagten Zahnarztes wirksam beendet worden ist, weil die Geschäftsgrundlage des Lizenzvertrages durch ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 15. März 2012 entfallen ist. Diesem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist zu entnehmen, dass eine öffentliche kostenpflichtige Wiedergabe jedenfalls voraussetzt, dass diese Wiedergabe gegenüber einer unbestimmten Zahl potentieller Adressaten und recht vielen Personen erfolgt. Der Gerichtshof der Europäischen Union hat in seiner Entscheidung ferner festgeschrieben, dass diese Voraussetzungen im Allgemeinen nicht erfüllt sind, wenn ein Zahnarzt in seiner Praxis für seine Patienten Hörfunksendungen als Hintergrundmusik wiedergibt.

Der Bundesgerichtshof ist an die Auslegung des Unionsrechts durch den Gerichtshof der Europäischen Union gebunden. Der vom Bundesgerichtshof zu beurteilende Sachverhalt stimmte darüber hinaus in allen wesentlichen Punkten mit dem Sachverhalt überein, der dem Gerichtshof der Europäischen Union bei seiner Entscheidung vorgelegen hatte. Der Bundesgerichtshof hat daher entschieden, dass die Wiedergabe von Hörfunksendungen in Zahnarztpraxen im Allgemeinen - und so auch bei dem Beklagten - nicht öffentlich und damit

auch nicht vergütungspflichtig ist. (Urteil des BGH vom 18. Juni 2015 - I ZR 14/14)

Praxis-Tipp: Die Klarstellung des BGH ist nur zu begrüßen. Aber Achtung! Sie bezieht sich nur auf Zahnarztpraxen! Ob der Bundesgerichtshof im Falle einer Anwaltspraxis, eines „Tante-Emma-Ladens“ oder Arztpraxen anderer Fachrichtung genauso entscheiden wird, ist damit nicht gesagt. Daher ein dringender Rat: Vor übereilem Handeln unbedingt den Rechtsanwalt kontaktieren, damit die GEMA nicht kostenintensiv zuschlägt.

Bürgerservice wird inzwischen überall „GROSS“ geschrieben. Diesem berechtigten Trend haben sich auch die Notare nicht entziehen können. Konsequenterweise heißt deshalb die sehr informative Internetseite der Bundesnotarkammer schlicht und einfach „Bürgerservice“.

Wer im Internet auf www.bnotk.de/ Bürgerservice surft, der findet dort viele wichtige Informationen zu den Themenbereichen Unternehmen, Immobilien, Vererben und Schenken aber auch Streitvermeidung und -schlichtung. Natürlich weist die Notarkammer darauf hin, dass das Informationsangebot auf diesen Seiten die individuelle, vertrauensvolle Beratung nicht ersetzen kann und soll. Und deshalb wird auch gleich ein Link zur Notarauskunft der Bundesnotarkammer angeboten, über den man einfach und schnell den passenden Notar in der Nähe findet.

Schreiben Sie uns:
rechtsfragen@mitmagazin.com



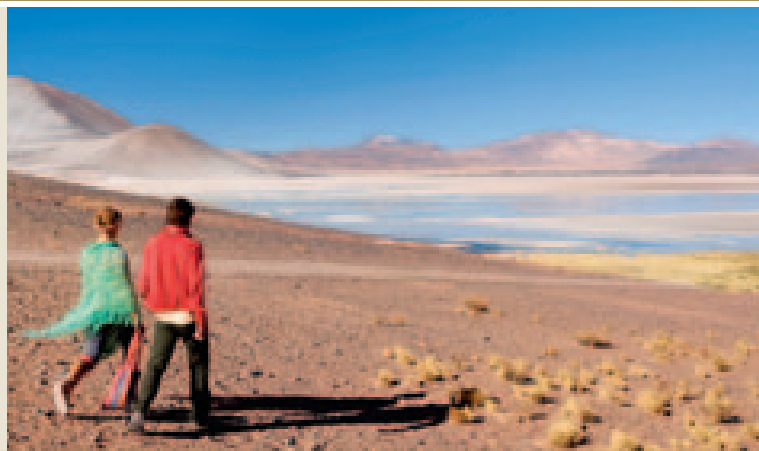
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser



Foto: Pitopia

CHILE Atacama, Anden, Patagonien

Im längsten Land der Welt staksen rosa Flamingos im weißen Salzsee, heiße Hochgebirgs-Geysire spucken nur im eiskalten Morgengrauen und Wasserfälle schlagen Saltos über erkalteten Lavabecken. In Chile sehen Sie Naturwunder überall – und von früh bis spät: Lange bescheint die Sonne die Eisberge auf dem Gletschersee, wenn bei uns Winter ist. Staunen nonstop – und auf Wunsch vier Tage die Osterinsel on top.



1. Tag, Mo: Flug nach Südamerika

Abends Flug mit LAN Airlines von Frankfurt nach Madrid und kurz vor Mitternacht Weiterflug nonstop nach Chile (Flugdauer ca. 13,5 Std.).

2. Tag, Di: Längstes Land der Welt

Vormittags Ankunft in der Hauptstadt Santiago. Nachmittags Spaziergang durch den historischen Teil Santiagos. Danach können Sie vom Cerro de San Cristóbal hinter der Skyline die mächtigen Konturen der Anden auftragen sehen (wetterabhängig). Welcome-Dinner.

3. Tag, Mi: Bunte Hafenstadt

Freizeit in der chilenischen Hauptstadt. Die Alternative: Ausflugsmöglichkeit (gegen Mehrpreis, Mittagessen inklusive) in die Hafenstadt Valparaíso. Allein die Fahrt über die Küstenkordillere ist ein Erlebnis. Sie genießen einen tollen Blick auf die bunten Stadtviertel und die Bucht, bummeln am Strand von Viña del Mar und mittags wird fangfrischer Pazifikfisch in der Pfanne gebrutzelt.

4. Tag, Do: Flug nach Norden

Vormittags Flug mit LAN nach Calama und weiter per Bus durch die Wüste nach San Pedro de Atacama (2440 m) mit spektakulären Ausblicken auf die Cordillera del Sal. Besuch des archaischen Museums. Bei Sonnenuntergang werfen die skurrilen Felsengebilde des Mondtals immer längere Schatten – eine mystische Stimmung.

5. Tag, Fr: Die Atacamawüste

In der Wüste grüßt die Oasenstadt Toconao mit ihrem dreigestuften Glockenturm. Dann der Salzsee Salar de Atacama mit den größten Lithium-Vorräten der Welt. Hier setzen Flamingos pinkfarbene Akzente in die trostlose Landschaft und ernähren sich recht salzhaltig. Am Nachmittag Freizeit in San Pedro.

6. Tag, Sa: Vorsicht, heiße Luft!

Schon lange vor dem Morgengrauen geht's rauf auf 4200 m Höhe. Die Geysire von El Tatio sind pünktliche Genossen und spucken ihren heißen Dampf nur bei Sonnenaufgang in den Wüstenhimmel. Am Nachmittag erreichen Sie das Lagunendorf Chiu Chiu und Pukará de Lasana, die am besten erhaltene prähispanische Festung Chiles. Übernachtung in Calama.

7. Tag, So: Ins Seengebiet

Am Vormittag Flug mit LAN von Calama über Santiago nach Puerto Montt. Weiterfahrt nach Puerto Varas am Ufer des riesigen Llanquihuees. Den passenden Hintergrund fürs Pisco Sour-Feeling am Seeufer liefert der schneebedeckte Kegel des Osorno-Vulkans.

8. Tag, Mo: Ein heiliger See

Tagesausflug mit Bootsfahrt auf dem Allerheiligensee. Geboten werden Bilderbuchblicke auf die eisbedeckten Gipfel der Anden inmitten des ältesten chilenischen Nationalparks Vicente Pérez Rosales. Auf dem Rückweg nach Puerto Varas Zwischenstopp an den

Wasserfällen von Petrohue, wo erkaltete Lavaterrassen den Fluss zu regelrechten Dampfsaltos zwingen.

9. Tag, Di: Auf nach Patagonien

Der Vormittag steht für einen Bummel durch Puerto Varas zur freien Verfügung. Wer Sehnsucht nach der Heimat hat, besucht die „deutsche Pfarrkirche“ Sagrado Corazón de Jesús, eine Holzkonstruktion mit Wellblechverkleidung. Gegen Mittag Rückfahrt nach Puerto Montt und nachmittags Flug mit LAN nach Punta Arenas im tiefen Süden Chiles. Fahrt nach Puerto Natales.

10. Tag, Mi: Die Berge rufen

Im Nationalpark Torres del Paine jagt ein Höhepunkt den nächsten: weiß strahlende Gletscher, wild gezackte Bergmassive, tiefblaue Seen, Herden von Guanakos und neugierige Nandus. Ein weiteres Highlight: Der Grey-Gletscher, der ganze Eisberge ins kristallklare Wasser des Lago Grey kalst.

11. Tag, Do: Weil es so schön ist ...

...verbringen Sie gleich noch einen Tag in Patagonien. Bootsexkursion zum spektakulären Balmaceda-Gletscher und anschließend Wanderung (1 Std., leicht) durch den subantarktischen Wald bis an den Fuß des Serrano-Gletschers – zwischendrin ein Mittagessen.

12. Tag, Fr: Schafe soweit das Auge reicht

Früh geht es los durch die südchilenische Gras- und Steppenlandschaft zurück nach Punta Arenas.

MARCO POLO LIVE

Sie sind zu Besuch auf einer patagonischen Estancia, wo die Cowboys Huasos heißen und es Kühe im Schafspelz gibt. Und die müssen baden oder brauchen eine frische Frisur. Und Sie dürfen sogar mitmachen. Mittagessen mit Lamm-Barbecue. Nachmittags Rückflug mit LAN in die Hauptstadt Santiago.

13. Tag, Sa: Entdeckertag

Freizeit in der Hauptstadt Santiago de Chile oder Ausflug mit Ihrem Scout (gegen Mehrpreis, Mittagessen inklusive) in die Weinregion Valle de Maipo mit Weinprobe in einer der zahlreichen Kellereien. Gemütlich

lassen Sie beim Mittagessen Ihre Reise ausklingen. Nachmittags Transfer zum Flughafen von Santiago und abends Flug mit LAN Airlines nonstop nach Europa (Flugdauer ca. 12,5 Std.).

14. Tag, So: Zurück in der Heimat

Mittags Landung in Madrid und im Anschluss Weiterflug mit LAN Airlines nach Frankfurt mit Ankunft am Abend.

VERLÄNGERUNG OSTERINSEL

13. Tag, Sa: Flug auf die Osterinsel

Früher Transfer zum Flughafen von Santiago und morgens Flug mit LAN Airlines nonstop auf die Osterinsel (Flugdauer ca. 5,5 Std.). Transfer zum Hotel.

14.–15. Tag, So–Mo: Rapa Nui

Mit Ihrem örtlichen Scout erkunden Sie zuerst die Inselhauptstadt Hanga Roa: Schon in der Kirche stoßen Sie auf seltsame Statuen, wie das Kreuz, an dem ein Vogelmann hängt. Auf weiteren Ausflügen kommen Sie zur direkt am Meer gelegenen Kultstätte von Ahu Tahai, zu den sieben Moais von Ahu Akivi, zur Moai-Werkstatt von Rano Raraku und zur Höhle Ana Kai Tangata mit ihren Felsmalereien. Dazwischen bleibt auch Zeit für eine Strandpartie.

16. Tag, Di: Flug nach Santiago

Mittags Flug mit LAN Airlines nonstop nach Santiago (Flugdauer ca. 4,5 Std.). Transfer zum Hotel.

17. Tag, Mi: Entdeckertag

Programm wie 13. Tag Grundreise.

18. Tag, Do: Zurück in der Heimat

Programm wie 14. Tag Grundreise.



— LATAM AIRLINES GROUP —

Flug

Im Reisepreis enthalten ist der Linienflug mit LAN Airlines (Buchungsklasse N) ab/bis: Frankfurt. Inklusive Anschlussflüge mit Lufthansa nach Frankfurt ab/bis: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Friedrichshafen, Hamburg, Hannover, Leipzig, Nürnberg, München.

Inklusive Anschlussflüge mit Iberia nach Madrid ab/bis: Berlin, Düsseldorf, München, Wien. Zuschlag € 189,- für Anschlussflüge mit Iberia nach Madrid ab/bis: Zürich.

Alle Anschlussflüge auf Anfrage und nach Verfügbarkeit. Je nach Verfügbarkeit der angegebenen Buchungsklasse Aufpreis möglich (siehe www.agb-mp.com/flug).

Eine sehr gute Alternative zu innerdeutschen Anschlussflügen ist das im Reisepreis inkludierte „Rail & Fly inclusive“-Ticket 2. Klasse.



Reisepapiere und Impfungen

Deutsche Staatsbürger benötigen einen mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültigen Reisepass. Impfungen sind nicht vorgeschrieben.

Klima

Durchschnittliche Höchsttemperaturen in °C:

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Santiago	23	26	28	30	29	27	23
Atacama	22	25	25	29	29	27	23
Patagonien	10	12	14	14	13	12	10
Osterinsel	19	21	22	24	24	23	20

In unserem Winter herrscht in Chile Sommer, die ideale Reisezeit. Doch auch hier kühlt es nachts oft stark ab.

Hotels

Ort	Nächte	Hotel	Änderungen vorbehalten	Landeskategorie
Santiago	2	Galerias		****
San Pedro	2	Hosteria		***
Calama	1	Agua del Desierto		***
Puerto Varas	2	Solace		****
Puerto Natales	3	Martin Gusinde		***
Santiago	1	Galerias		****
Osterinsel	3	Gomero		***
Santiago	1	Galerias		****

Reiseversicherungen

Im Reisepreis sind keine Reiseversicherungen enthalten. Wir empfehlen jedem Teilnehmer den Abschluss der Reiseschutz-Pakete der Allianz Global Assistance: z. B. den Reiserücktrittschutz oder das Vollschutz-Paket, bei dem u. a. zusätzlich eine Reise-Krankenversicherung inkl. eines medizinisch sinnvollen Kranken-Rücktransports enthalten ist. Weitere Informationen erhalten Sie mit Ihrer Reisebestätigung oder unter www.agb-mp.com/versicherung.



14 Reisetage ab € 3799,-

- Metropole Santiago de Chile
- Salzige Atacamawüste
- Patagonien mit Torres-del-Paine-Nationalpark
- Auf Wunsch: Moais auf der Osterinsel
- Linienflüge mit LAN Airlines

Reisepreis in Euro pro Person

14 Reisetage	Grundreise		Verlängerung	
	DZ	EZ-Zuschlag	DZ	EZ-Zuschlag
Termine 2015				
02.11.-15.11.2015	3799	569	899	149
23.11.-06.12.2015	3899	569	899	149
Termine 2016				
25.01.-07.02.2016	3959	569	939	179
01.02.-14.02.2016	3959	569	939	179
15.02.-28.02.2016	3959	569	939	179
22.02.-06.03.2016	3959	569	939	179
21.03.-03.04.2016	3959	569	939	179

Mindestteilnehmerzahl

Mindestteilnehmerzahl Grundreise: 13 Personen
Höchstteilnehmerzahl Grundreise: 25 Personen
Mindestteilnehmerzahl Verlängerung: 6 Personen

Sollte die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht werden, kann der Veranstalter bis spätestens am 21. Tag vor Reisebeginn vom Reisevertrag zurücktreten (Näheres siehe Reisebedingungen).

Veranstalter und Reisebedingungen

Veranstalter dieser Reise ist die Marco Polo Reisen GmbH, Riesstr. 25, 80992 München. Die GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH tritt lediglich als Vermittler auf. Die Reisebedingungen des Veranstalters sind im Internet unter www.agb-mp.com druck- und speicherfähig abrufbar.

Zahlung / Sicherungsschein

Zahlungen sind nur bei Vorliegen des Sicherungsscheines (wird mit der Reisebestätigung versandt) im Sinne des § 651k Abs. 3 BGB fällig. Bei Vertragsschluss wird eine Anzahlung von 20 Prozent des Reisepreises, maximal jedoch € 1000,- pro Person, fällig. Der restliche Reisepreis wird am 20. Tag vor Reiseantritt bzw. spätestens bei Erhalt der Reiseunterlagen fällig.

Im Reisepreis enthalten / Grundreise

- Linienflug mit LAN Airlines von Frankfurt über Madrid nach Santiago de Chile und zurück in der Economy-Class
- Innerchilenische Flüge mit LAN Airlines bzw. LAN Express lt. Reiseverlauf in der Economy-Class
- 11 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet in guten Mittelklassehotels
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Transfers, Stadtrundfahrt, Ausflüge und Rundreise in landesüblichen Reisebussen (in der Atacamawüste mit Klimaanlage)
- Deutsch sprechende örtliche, wechselnde Marco Polo-Reiseleitungen in Chile

Und außerdem inklusive

- „Rail & Fly inclusive“ zum/vom deutschen Abflugsort in der 2. Klasse von jedem Bahnhof in Deutschland
- Willkommensabendessen in Santiago
- Pisco Sour am Ufer des Llanquihueesee
- Mittagessen in Patagonien am 11. Tag
- Lamm-Barbecue auf einer Estancia am 12. Tag
- Bootsfahrt auf dem Allerheiligensee
- Bootsfahrt zum Balmaceda-Gletscher
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren (ca. € 86,-)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (ca. € 475,-)
- Reiseunterlagen mit einem Reiseführer pro Buchung
- Klimaneutrale Bus-, Bahn- und Bootsfahrten durch CO₂-Ausgleich

Im Reisepreis enthalten / Verlängerung Osterinsel

- Linienflug mit LAN Airlines von Santiago de Chile nach Rapa Nui und zurück in der Economy-Class
- 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet in landestypischem Hotel auf der Osterinsel
- 1 Übernachtung mit Frühstücksbuffet in gutem Mittelklassehotel in Santiago
- Unterbringung in Doppelzimmern mit Bad oder Dusche und WC
- Transfers und Ausflüge in landesüblichen Fahrzeugen
- Eintrittsgelder und Nationalparkgebühren (ca. € 47,-)
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (ca. € 74,-)
- Deutsch sprechende Marco Polo Reiseleitung auf der Osterinsel

Zusätzlich buchbare Extras

- Ausflug Valparaiso € 99,-
- Ausflug Valle del Maipo € 109,-
- LAN Airlines-Flüge Frankfurt – Santiago de Chile – Frankfurt in der Business-Class € 3569,-

ANMELDUNG / RESERVIERUNG

MittelstandsMagazin-Leserreise CHILE

Name, Vorname

Geburtsdatum

Telefon tagsüber (mit Vorwahl)

Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Name, Vorname, Geburtsdatum Mitreisende(r)

Gewünschtes bitte eintragen bzw. ankreuzen

Reisetermin:

Verlängerung Osterinsel

Doppelzimmer Einzelzimmer ½ Doppelzimmer

Flug ab/bis:

Ausflug „Valparaiso“

Ausflug „Valle del Maipo“

Zuschlag LAN Airlines-Flüge in der Business-Class

Ich melde mich und die aufgeführten Personen **verbindlich** an – die Reisebedingungen liegen mir/uns vor.

Oder

Ich bitte um Reservierung der Leistungen und Übersendung der Reisebedingungen vor Vertragsschluss.

Ort, Datum/Unterschrift

Einfach Coupon senden an:
Marco Polo Reisen GmbH
Postfach 50 06 09, 80976 München

Coupon faxen an:
Fax: 089 50060-405

Information / Reservierung / Buchung:
Tel.: 089 50060-470
mail@marco-polo-reisen.com

„Wir müssen modern und attraktiv sein“

Nach seinem ersten Jahr im Amt sprach das MittelstandsMagazin mit MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben über die zahlreichen Änderungen bei der MIT und welche Herausforderungen noch bestehen

Sie sind jetzt gut ein Jahr im Amt. Was hat Sie am meisten überrascht?

Thorsten Alsleben: Die ganze MIT ist sehr in Bewegung und das ist toll. Zuerst kommt unser Bundesvorsitzender Carsten Linnemann nicht nur medial sehr gut rüber, sondern auch überall, wo er auftritt. Mit seiner Mischung aus „klare Kante zeigen und konstruktiv Politik mitgestalten“ ist er das Gesicht einer neuen MIT. Das findet sowohl in Politik und Medien als auch in den eigenen Reihen viel Zustimmung. Aber die Veränderung betrifft ja die ganze MIT: mehr politische Kampagnen, stärkere Themenfokussierung, ein spezielles Basis-Engagement mit MIT:BASIS vorangetrieben von meiner Kollegin Astrid Jantz, neues Logo, neues Design, neue Webseite, neue Veranstaltungsformate, neuer Newsletter und nicht zuletzt eine neue Bundesgeschäftsstelle. Das fordert uns allen viel ab, auch und gerade der Basis und den Landesverbänden. Und ich bin wirklich angenehm überrascht, dass die meisten die Ärmel hochkrempeln und das mit großem Engagement mitmachen.

Gibt es nur Zustimmung?

Alsleben: Es gibt es in einem Verband, erst recht in einem politischen, nie nur Zustimmung. Bei jedem Veränderungsprozess gibt es Widerstände, vor allem, wenn wir mehrere Dinge parallel verändern. Dann versuchen wir, mit denen, die Bedenken haben, zu reden. Manche Kritik ist ja auch berechtigt und wir müssen hier und da umsteuern oder auf die eine oder andere Idee verzichten, weil erfahrene Mitkämpfer uns klar machen, dass das ein Fehler wäre.

Zum Beispiel?

Alsleben: Es gab die Idee, den Namen stark zu vereinfachen: Statt „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“, was unter kommunikativen Gesichtspunkte katastrophal umständlich ist, nur „Mittelstandsunion“ oder „Wirtschaftsunion“. Erfahrene Mitstreiter haben aber überzeugend deutlich gemacht, dass es für keine dieser Varianten eine Zweidrittelmehrheit auf dem Bundesmittelstandstag geben würde. Deshalb haben wir diese Debatte gar nicht erst angefangen. Nun schlagen wir eine gemäßigte Verkürzung vor: „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“. Das wäre etwas leichtgängiger als unser bisheriger Name, ließe aber die beiden Kerne – Mittelstand und Wirtschaft – bestehen. Das wollen wir in den nächsten Monaten im Zuge der Satzungsreform auf allen Ebenen diskutieren.

Warum sind diese ganzen Änderungen überhaupt notwendig?

Alsleben: Jeder Unternehmer weiß: Wenn er sich nicht an neue Rahmenbedingungen, neue Marktlagen und verändertes Kundenverhalten anpasst, ist er bald weg vom Markt. Das gilt auch für eine politische Vereinigung wie die MIT.



MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben zieht nach einem guten Jahr eine erste Bilanz

Wir müssen modern und attraktiv sein, deshalb das neue Design, die neue Webseite und neue Kommunikationsmittel. Wir müssen viel stärker vernetzt arbeiten: Mit unserem kleinen Team können wir nicht alle Politikfelder gleich intensiv beobachten und bearbeiten. Da brauchen wir starke Partner in Unternehmen, Forschungsinstituten, in den Verbänden, im Parlament und auch in der Regierung. Mit Carsten Linnemann haben wir einen Vorsitzenden, der bei allen diesen Institutionen in Berlin und auch bundesweit gut vernetzt ist. Und mit neuen Veranstaltungsformaten und Kooperationen binden wir externe Partner weiter ein. Das hilft uns als MIT ungemein in der ganz alltäglichen Arbeit.

Was kommt denn noch an Herausforderungen?

Alsleben: Wir werden sicherlich die Basis-Arbeit noch intensivieren. Wir haben etwa ein Drittel weitgehend inaktive Kreisverbände. Da müssen wir gemeinsam mit den Landesverbänden Aufbauarbeit leisten. Und wir müssen mehr Mitglieder gewinnen. Wir haben nur 15 Prozent Frauen und fast keine Mitglieder unter 30. Was für die CDU gilt, gilt noch mehr für uns: Wir müssen weiblicher, jünger, internationaler werden. Wir sollten der erste politische Partner für junge Gründerinnen und Gründer sein. Und warum sprechen wir eigentlich nicht gezielt türkische Mittelständler an? Die sind auch gegen Mindestlohnbürokratie und gegen die Vorfälligkeit der Sozialabgaben, zugleich sind sie gesellschafts- und familienpolitisch bestimmt näher bei uns als bei rot-grün oder der FDP. Also, auch in den nächsten zwölf Monaten haben wir noch genug zu tun.

Warum Deutschland mutige Reformen braucht

Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann war auf Einladung von Kai Whittaker, MdB, und von Peter Hertweck (MIT-Vorsitzender Mittelbaden) in Baden-Baden zu Gast. Wichtige aktuelle Themen sind nach Linnemann die mangelnde Planungssicherheit

in der Gesetzgebung, die Auswirkungen der Arbeitsstättenverordnung und die Mindestlohn-Bürokratie. Akuten Reformbedarf sieht er bei der Nachbesserung beim Mindestlohn und bei der Einführung einer Staaten-Insolvenzverordnung auf europäischer Ebene.



Diskutierten über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen (v.l.n.r.): Jürgen Kannewischer, Kai Whittaker, Carsten Linnemann, Peter Hertweck und Martin Kronimus

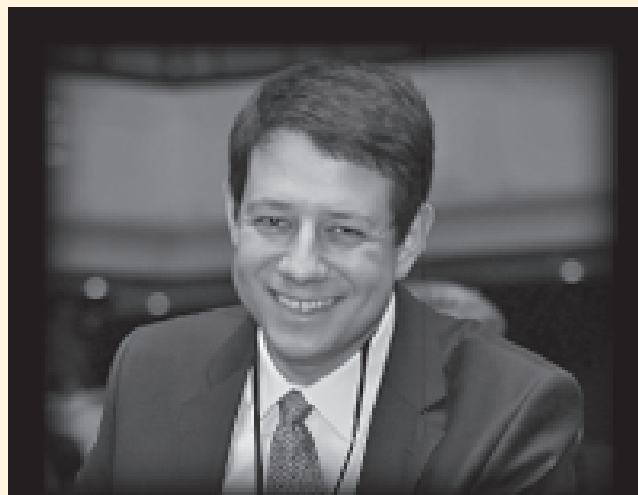
Faktencheck zur Wirtschaftspolitik

Bei der Veranstaltung „Treffpunkt Mittelstand“ diskutierten der Koblenzer IHK-Hauptgeschäftsführer Arne Rössel und der rheinland-pfälzische MIT-Landesvorsitzende Gereon Haumann zum Thema „Demografie und Arbeits-

marktpolitik – Stimmen Theorie und Praxis?“. Haumann bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass die Wertschätzung nicht-akademischer Berufe ebenso wie die Aufwertung des dualen Bildungssystems dringend erforderlich sei.



Treffpunkt Mittelstand mit Faktencheck zur Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz (v.l.n.r.): Josef Dötsch, MdL (Sprecher PKM), Heinz-Peter Mertens, Arne Rössel (IHK Koblenz), Gereon Haumann, Jörg Meurer und Elmar Lersch



MIT bestürzt über Tod Philipp Mißfelders

Mit Bestürzung hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) auf den Tod ihres Präsidiumsmitglieds Philipp Mißfelder, MdB, reagiert. MIT-Bundesvorsitzender Dr. Carsten Linnemann: „Der Tod von unserem Freund Philipp Mißfelder bestürzt mich und die ganze MIT. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und den Kindern. Philipp Mißfelder war ein engagiertes Mitglied in unserem Präsidium und eine wichtige Stütze unserer Arbeit. Wir, und auch ich ganz persönlich, werden ihn sehr vermissen.“

Philipp Mißfelder war seit April 2000 Mitglied der MIT. Er war seit 2009 Gastmitglied im Bundesvorstand und seit 2013 im Präsidium der MIT. Zusätzlich war er seit 2010 Bezirksvorsitzender der MIT Ruhrgebiet. Philipp Mißfelder ist in der Nacht zum Montag an einer Lungenembolie überraschend gestorben. Er wurde 35 Jahre alt.

Berlin-Fahrt



Auf Einladung von Albert H. Weiler, MdB, besuchte die MIT aus dem Saale-Holzland-Kreis die Bundeshauptstadt. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung begrüßte der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann die Mittelständler. Der Kreisverband überreichte bei der Gelegenheit einen Scheck in Höhe von 500 Euro als Spende für die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle.

In Europa aktiv für den Mittelstand

In Europa aktiv für den Mittelstand: Markus Pieper (links) bei einer Sitzung in Straßburg mit Tomasz Husek (Mitte), dem Kabinettschef der polnischen EU-Kommissarin für Binnenmarkt und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Elzbieta Bienkowska

Von Günter F. Kohl

Der Mittelstand spielte in der Europäischen Union zwar immer schon eine bedeutende Rolle, doch wurden begrüßenswerte Ansätze immer wieder von fragwürdigen Einfällen und Ausfällen Brüsseler Bürokraten konterkariert. Die neue Kommission nun ist fest entschlossen, dies zu ändern. Der holländische Vize-Kommissar Frans Timmermans steht im Rahmen einer neuen KMU-Strategie im Binnenmarkt vor allem für die Themen Bürokratieabbau und besseren Zugang für kleine und mittlere Unternehmen zu den Märkten und zu Finanzierungsmöglichkeiten.

Mittelständler aus 20 Ländern

Parlamentarisch flankiert werden diese Bemühungen der Kommission

von den Mittelstandspolitikern, insbesondere der Europäischen Volkspartei (EVP), mit 218 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Europaparlament. Vergleichbar den Zusammenschlüssen von mittelstandspolitisch interessierten Abgeordneten im Bundestag und in den meisten Landtagen, hat auch die 34-köpfige Unions-Gruppe innerhalb der EVP-Fraktion einen Parlamentskreis Mittelstand (PKM) gegründet. Sprecher dieses PKM Europe sind Markus Pieper (CDU) und Markus Ferber (CSU).

Neuerdings ist es Markus Pieper gelungen, auch in der Gesamtfraktion der EVP einen „PKM“ zu bilden, den er leitet. 45 Abgeordnete aus 20 Ländern haben sich zum SME Circle zusammengeschlossen, um Mittelstandsbelange in den Gesetzge-

bungsverfahren ausfindig zu machen, sie zu beurteilen, sie durchzusetzen oder auch nötigenfalls abzulehnen. Ganz vorn auf der Agenda stehen zurzeit das Freihandelsabkommen TTIP, Bürokratieabbau und Steuergerechtigkeit.

Besserer Zugang zu Kapital

Heiß diskutiert, weil in Deutschland nicht ganz unumstritten, wird derzeit in Brüsseler Kommissions- und Parlamentskreisen eine Kapitalmarkt-Union, die dem Mittelstand den Zugang zu Finanzierungsinstrumenten erleichtern soll. Noch bis zum Sommer läuft eine Abstimmungsphase mit den Mitgliedsstaaten und Interessenvertretern. Danach will die EU-Kommission ihren Aktionsplan vorstellen und die Kapitalmarktunion bis 2019 auf den Weg bringen.



Sitzung des SME-Circles in Straßburg: Markus Pieper (Mitte), Markus Ferber (3.v.r.) und Herbert Reul, Vorsitzender der Gruppe der CDU/ CSU-Abgeordneten (2.v.r.)

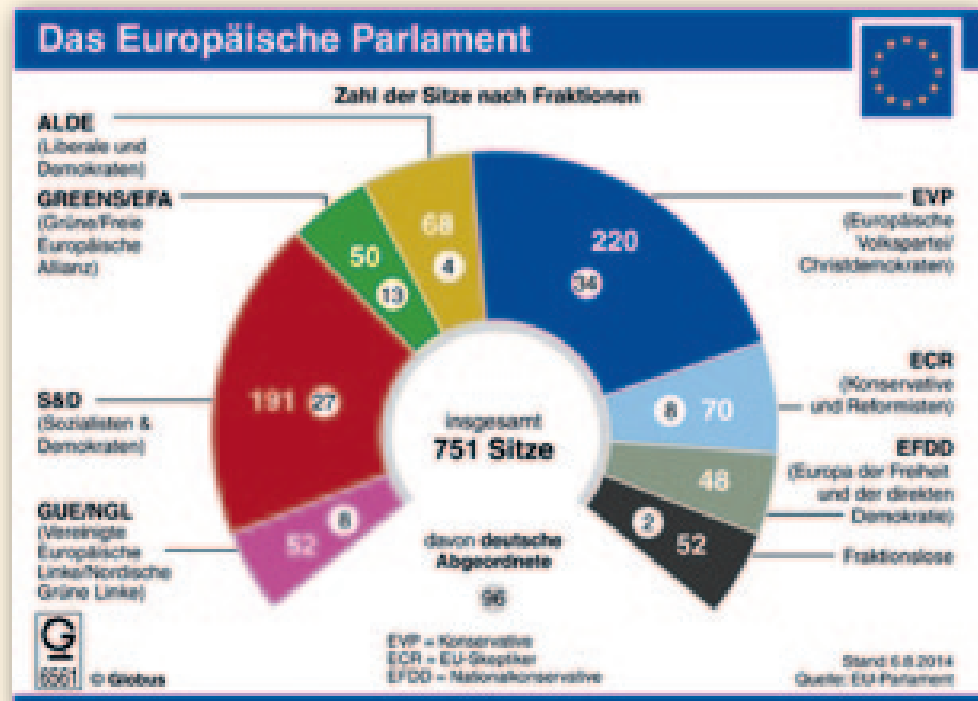
Die EU-Kommission will die Finanzierung für Unternehmen und Infrastrukturprojekte in ganz Europa auf lange Sicht erleichtern, kleinen und mittleren Unternehmen einen ebenso einfachen Zugang zu Krediten ermöglichen wie Großkonzernen und einen gemeinsamen Markt für den Kapitalverkehr schaffen.

Dazu möchte die Kommission den KMU auch mehr Finanzierung über den Aktienmarkt ermöglichen, indem sie die Börsenprospekt-Richtlinie entschlackt, wobei die Standards nach Ansicht deutscher EU-Experten nicht auf das angelsächsische Niveau abgesenkt werden dürfen.

Recht unverblümt nämlich fordert der zuständige britische Kommissar Jonathan Hill, der unternehmerische Mittelstand müsse aus seiner Abhängigkeit von den Kreditinstituten befreit werden. Anderenfalls schade eine Einschränkung der Kreditvergabe nicht nur den Unternehmen, sondern am Ende noch der ganzen Wirtschaft. Hill: „Die Kapitalmärkte müssen eine größere Rolle bei der Finanzierung der Wirtschaft spielen, damit es in der EU wieder überall zu einem nachhaltigen Wachstum und mehr Beschäftigung kommt.“

Markus Pieper, der auch die Europakommission der MIT leitet: „Wir haben in Deutschland bereits jetzt bewährte Strukturen der Unternehmensfinanzierung. Firmenkredite, die den Großteil der KMU-Finanzierung ausmachen, können und sollten nicht einfach ersetzt werden. In Regionen allerdings, in denen die Finanzierung durch Banken und Sparkassen trotz niedriger Zinsen nicht richtig funktioniert, können die Vorschläge der Kommission eine wichtige Ergänzung sein.“

Ähnlich sieht es der Deutsche Sparkassen- und Giroverband, dessen Präsident Georg Fahrenschon glaubt, dass die EU-Kommission den Nutzen ihrer Pläne für den Mittelstand überschätzt: „Eine Stärkung der lokalen Hausbanken wäre der bessere Weg, um auch in anderen EU-Mitgliedsstaaten mehr aussichtsreiche Geschäftsvorhaben zu finanzieren.“



MU im hohen Norden



Die Salzburger Beschlüsse der MU machten Eindruck auch im hohen Norden – bei der MIT-Bundesvorstandsklausur in Warnemünde: für Mittelstand und Marktwirtschaft notfalls auch bei Gegenwind - von links: MU-Vize Bernhard Kösslinger (Oberbayern) und Thomas Schmatz (München) mit dem MIT-Vorsitzenden Carsten Linnemann, MdB, MU-Vize Peter Götz (Unterfranken) und MIT-Vorstand Peter Erl (Niederbayern)

Christian Schmidt bei der MU Mittelfranken



Bundesminister Christian Schmidt, MdB, sprach über TTIP auf der Versammlung der MU Mittelfranken in Neustadt/Aisch. Auf dem Foto (v.l.) MU-Bezirksvorsitzender Dr. Robert Pfeffer, Christian Schmidt, die stellv. MU-Kreisvorsitzende Hildegard Schuhmann-Knöß und MU-Kreisvorsitzender Gerd Scheuenstuhl

TTIP in der Diskussion



Zur TTIP-Diskussion hatte die MU Kronach eingeladen. Auf dem Podium (v.l.) Werner Schnappauf, ehemaliger bayerischer Staatsminister, MU-Vorsitzender Hans Michelbach, Moderator Constantin Hirsch von Radio Eins und DGB-Regiongeschäftsführer Mathias Eckardt

Neuer Bürgermeister



Ein neuer Bürgermeister für München: MU-Landesschriftführer Claudius Wolfrum ist Bürgermeister des Handwerkerdorfes der Handwerkerinnungen München - hier bei der Begrüßung auf dem Stadtgründungsfest München 2015, auf dem Bild 2.v.r. mit Oberbürgermeister Dieter Reiter (3.v.r.) und 2. Bürgermeister Josef Schmid (4.v.r.)

Zukunft der ländlichen Räume



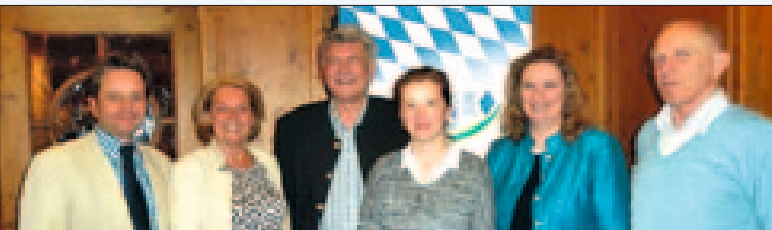
Wie können sich die Räume abseits der Metropolen trotz der Sogwirkung der Ballungszentren zukünftig positiv entwickeln und welche Impulse können Politik und Wirtschaft dafür geben? Diese Fragen diskutierten die MU Regensburg-Land und ihr Vorsitzender Gerhard Gröschl (3.v.r.), mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter (4.v.l.) und Sylvia Stiersdorfer, MdL (2.v.l.)

Neuwahl bei der MU Donau-Ries



Birgit Rössle ist die neue Kreisvorsitzende der MU Donau-Ries. Ihre Stellvertreter sind Steffen Dollmann, Reinhold Bittner und Klaus Walter. Schatzmeister ist Ulrich Murr, als Schriftführer wurden Franz Messmer und Markus Löhe bestätigt. Birgit Rössle wies auf Missstände wie z. B. die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge hin. CSU-Bundestagsabgeordneter Ulrich Lange berichtete aus Berlin. Auf dem Foto (v.l.) vorne Ulrich Murr, Birgit Rössle, Ulrich Lange, hinten Klaus Walter, Reinhold Bittner, Steffen Dollmann

MU München-Land weiter mit R. Denzel



Alter und neuer Vorsitzender der MU im Landkreis München ist Rudolf Denzel, auf dem Foto mit (v.l.) Klemens Millen, Gabi Schönwalder, Rudolf Denzel, Sabine Maitschke, Kerstin Schreyer-Stäblein, MdL, Victor Hörmann. Beisitzer sind Josef Glasl, Rudolf Sedlmeier, Alexander Krüger und Florian Zweckinger. Für langjährige MU-Mitgliedschaft wurden geehrt Werner Schamberger, Katrin May und Dr. Dietmar Baier

Nordoberpfälzer Wirtschaftstag



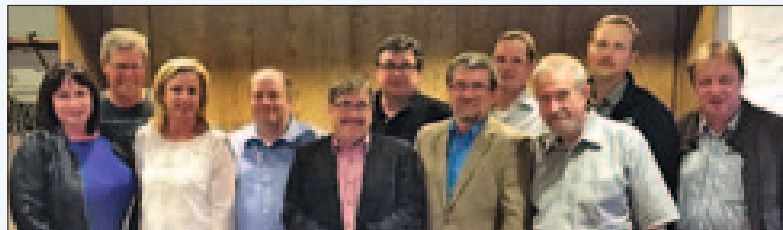
„Wirtschaft und Bildung“ war das Motto des 2. Nordoberpfälzer Wirtschaftstags der MU-Kreisverbände Tirschenreuth und Neustadt mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu. Unser Foto zeigt (v.l.) Gerhard Ludwig, Albert Rupprecht, MdB, MU-Kreisvorsitzender Leonhard Zintl (Tirschenreuth), Helmut Hör, Prof. Dr. Wolfgang Renninger, Handwerkskammerpräsident Dr. Georg Haber, MU-Kreisvorsitzender Harald Gollwitzer (Neustadt), Theo Bergauer, Jürgen Meyer

Netzwerkgespräch in Bad Kissingen



Netzwerkgespräch der MU Bad Kissingen: Bei strahlendem Sonnenschein begrüßte Armin Laake, Vorsitzender der MU Bad Kissingen, zahlreiche Gäste auf Schloss Saaleck. Auf dem Foto (v.l.): Armin Warmuth, Bürgermeister Stadt Hammelburg, Armin Laake, Vorsitzender MU Bad Kissingen, Ulrike Lange und Thomas Lange, Eigentümer Weingut Schloss Saaleck, Sandro Kirchner, MdL

MU Schwabach bestätigt S. Joachim



Sandra Joachim (auf dem Foto 3.v.l., rechts daneben MU-Bezirksvorsitzender Markus Tischner) wurde erneut einstimmig als Kreisvorsitzende der MU Schwabach im Amt bestätigt. Ihre Stellvertreter sind Alexander Summa und Joachim Löhr. Kassierer Gerhard Veth. Neu im Vorstand ist Werner Braun. Als Beisitzer wurden gewählt: Oliver Memmler, Detlef Paul, Christa Dressel, Gerd Distler, Roland Krawczyk, Erik Heinemann, Christina Dietrich

MU trifft BDS



Dreifach-Premiere: Erster Gesprächsgast im Rahmen der ersten Sitzung des neuen MU-Fachausschusses Tourismus, Handel, Dienstleistungen war Marco Altinger, Präsident des Bundes der Selbstständigen Bayern. MU und BDS wollen ihre Zusammenarbeit im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe verstärken. Auf dem Foto (v.l.): Johannes Müller, FA-Leiterin Claudia Heim, Marco Altinger, Henry Süß, Sonja Rupp, Dr. Thomas Geppert

Neuwahlen bei der MU Erlangen



Dr. Robert Pfeffer (2.v.l.) ist der alte und neue Vorsitzende der MU Erlangen-Stadt, auf dem Bild mit (v.l.) Wilfred Kopper, Sabine Dreyer-Hösle, Elke Gabsteiger, Dr. Kurt Höller und Angelika Balleis. Weitere Vorstandsmitglieder: Michael Pickel, Dieter Wohlfahrt, Hans-Ulrich Erne, Renate Lüttgens, Wilhelm Merz, Hubert Nägel, Andreas Redl, Dr. Stefan Rohmer, Dr. Hans Schwemmler und Herbert Winkler

MIT gewinnt Fundraising-Preis

Die erste deutschlandweite Fundraising-Aktion der MIT wurde mit dem Preis für die beste Kampagne beim Fundraising-Tag der CDU Deutschlands ausgezeichnet. Bei der Spendenaktion für die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle beteiligten sich bisher zahlreiche Einzelspendender sowie 21 MIT-Kreis-, Bezirks- und Landesverbände. Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann und der MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten

Alsleben nahmen den Preis von CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber und CDU-Bundesschatzmeister Dr. Philipp Murmann entgegen. In seiner Laudatio lobte Peter Tauber die „höchst professionelle und erfolgreiche Kampagne, die zur Nachahmung anregt.“ Der Jury habe vor allem die Möglichkeit gefallen, ab 500 Euro auf einem Baustein in der neuen Geschäftsstelle erwähnt zu werden.



Preisübergabe im Konrad-Adenauer-Haus (v.l.n.r.): Peter Tauber, Carsten Linnemann, Thorsten Alsleben und Philipp Murmann

Ein Jubiläum für die Unternehmerfrauen im Mittelstand



Unter Leitung der CDU-Bundestagsabgeordneten Marie-Luise Dött (Foto Mitte) fand die 30. Tagung der Unternehmerfrauen im Mittelstand in Berlin statt. Vor 15 Jahren gab es die erste Tagung der Arbeitsgruppe. Seither ist der Kreis der Tagungsteilnehmerinnen, die sich zweimal jährlich in Berlin treffen, stetig gewachsen. Zwei Themen standen diesmal auf der Tagesordnung. Matthias Heider, MdB, (Foto rechts) skizzierte unter dem Titel „TTIP – Chancen für das 21. Jahrhundert“ das zum Teil in der Öffentlichkeit emotional diskutierte Thema Freihandelsabkommen mit den USA. Zum Thema Mindestspeicherungsfristen für Verkehrsdaten stand den Teilnehmerinnen Stephan Mayer, MdB, Innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zur Verfügung. Diskussionsgast war darüber hinaus Jens Spahn, MdB (Foto links).

Mehr Wettbewerb auf dem Energiemarkt

Die Bundesregierung hat Anfang Juli 2015 ein „Eckpunktepapier für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“ vorgelegt. Der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Carsten Linnemann dazu: „Unsere Forderung nach mehr Wettbewerb und mehr Verantwortung der Erneuerbaren Energien wurde in der Grundsatzentscheidung vom 1. Juli 2015 festgeschrieben. Die Strafsteuer auf die Braunkohle ist vom Tisch. Damit konnten Strukturbrüche vermieden und tausende Arbeitsplätze gesichert werden.“ Die Überführung der systemrelevanten Kraftwerke in eine Kapazitätsreserve sei ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings müsse auch hier im kommenden Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren auf die Einhaltung von Markt und Wettbewerb geachtet werden. Der stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Energiekommission Dieter Bischoff fügte hinzu: „Die Finanzierung von stillgelegten Kraftwerksblöcken durch eine Umlage wäre ein Rückfall in die Planwirtschaft. Vielmehr müssen die Erneuerbaren mit langfristigen Lieferverträgen sicherstellen, dass sie Strom zu jeder Tageszeit 365 Tage im Jahr liefern können. Da werden sie sich schon den kostengünstigsten Partner aus dem Reservepark aussuchen!“ Ausdrücklich lobte Bischoff, dass die Bundesregierung nunmehr endgültig die steuerliche Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudereich umsetzen will.

Ich bin in der MIT, weil ...

„... sie für mich Gründergeist und einen großen Erfahrungsschatz vielfältiger Unternehmer verkörpert. Ich möchte Teil dieses starken Netzwerkes sein und mich politisch für die Interessen von Arbeitgebern einsetzen.“

Sandra Cegla



ist seit 14 Jahren Kriminalkommissarin in Berlin, spezialisiert auf schwere Körperverletzungsdelikte, Intimpartnergewalt und Stalking. Dabei hat sie nicht nur gesellschaftliche Abgründe gesehen, sondern auch Lücken in unserem Helfersystem entdeckt. So hat sie sieben Jahre lang erleben müssen, dass viele Opfer von Stalking nahezu schutzlos ihren Tätern ausgeliefert sind. Ihren Beamtenstatus gibt sie nun auf, um sich selbstständig zu machen. Mit ihrem Unternehmen SOS-Stalking berät sie nun Menschen, die von Stalkern beeinträchtigt werden und die bereits bei Polizei, Gerichten und Beratungsstellen gescheitert sind (www.sos-stalking.de).

Zusätzlich zu ihrem Engagement bei SOS-Stalking, arbeitet sie für die Kommunikationsagentur Medienstatt GmbH (www.medienstatt.de - Beratung für Politik, Wirtschaft und Verbände) als Leiterin des Berliner Büros.

Sandra Cegla ist in diesem Jahr in die MIT eingetreten und gleich in den MIT-Kreisvorstand Berlin-Mitte und den MIT-Landesvorstand Berlin gewählt worden. Sie ist außerdem Vorsitzende der Frauen Union Berlin-Mitte.

„... weil ich einen Beitrag zu unternehmerischer Politik leisten möchte.“

Dr. Tom Kirschbaum



ist Volljurist und Bankkaufmann und begann seine unternehmerische Karriere 2009 mit Gründung einer Corporate Governance-Beratung.

Parallel gründete er mit zwei Partnern einen Vertrieb von E-Bikes für Kommunen und Unternehmen. In den Jahren 2008 bis 2009 war Kirschbaum als Mitglied des Präsidiums der Universität Witten/Herdecke für deren Sanierung verantwortlich.

Tom Kirschbaum ist Mit-Gründer und Geschäftsführer der Door2Door GmbH in Berlin. Unter der Marke ally entwickelt das Technologie-Startup das „Internet of Urban Transport“, ein intelligentes Betriebssystem für den Verkehr innerhalb der Stadt. Nach erfolgreichem Markteintritt in Europa ist das Startup mittlerweile weltweit vertreten, so in vielen Städten in Lateinamerika und in Asien. Die Technologie steht für die eigene Applikation des Startups zur Verfügung und findet auch Anwendung in Unternehmen aus der Navigations-, Reise- und Automobilindustrie. Zurzeit beschäftigt die Firma gut 30 Mitarbeiter aus 20 Ländern. Seit Ende 2014 ist Kirschbaum Mitglied des Vorstands und Sprecher der Fachgruppe Future Mobility im Bundesverband Deutsche Startups.

In diesem Jahr ist er in die MIT Berlin eingetreten.

„... weil wir als eines der größten mittelständischen Unternehmen der Region die wirtschaftliche Struktur in Mecklenburg-Vorpommern stärken möchten.“

Volker Paepcke

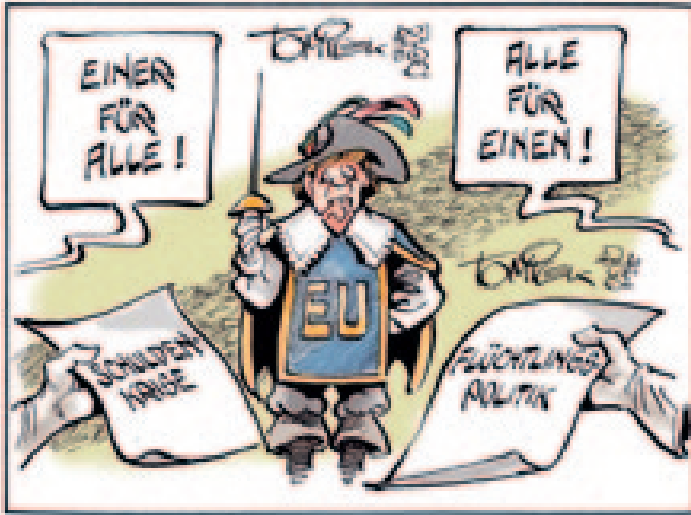


wurde 1967 in Lübeck geboren und studierte von 1988-1994 Informatik in Erlangen. Nach Tätigkeiten als IT-Administrator bei der Fraunhofer

Gesellschaft für integrierte Schaltkreise und als Softwareentwickler bei der Data-Service Stockelsdorf GmbH ist Paepcke seit 2004 Geschäftsführer bei VSP (www.vsp-direktmarketing.de). Das Unternehmen wurde 1990 gegründet und ist im Bereich Direktmarketing von Katalogen und Mailings tätig. Der familiengeführte Betrieb beschäftigt 150 Mitarbeiter, verfügt über eine Produktionsfläche von 14.000 m² sowie 12 Produktionshallen und verarbeitet pro Jahr 20.000 t Papier.

Volker Paepcke ist im Juli in die MIT Mecklenburg-Vorpommern eingetreten.

Schluss mit den alternativlosen ultimativ allerletzten Chancen



MUSKETIERE

Keine weiteren Hilfsprogramme für Griechenland. Ein klares Nein zu einer Transfer-, Haftungs- und Schuldenunion sowie eine Insolvenzordnung für die Eurozone, die auch einen Austritt aus dem Euro ermöglicht. Dies ist die Position der MIT. Überdies zählen wohl die meisten Leser des Mittelstands Magazins zu jenen 48 Prozent der Deutschen, die nach einer Umfrage der „Welt am Sonntag“ einen Austritt Griechenlands befürworten. Einige wenige Salon-Marxisten haben Europas Politik-Elite über Monate am Nasenring durch die politische Arena geführt.

Wer glaubt denn noch daran, dass ein Hilfspaket nach dem anderen in den Händen der anarchosozialistischen griechischen Führungsclique mit ihren Korruptokraten und Lobbyisten zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes führen könnte? Damit muss nun Schluss sein.

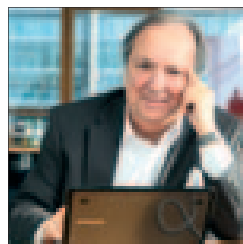
Rest-Europa und vor allem Deutschland haben genug Probleme, welche höchste Aufmerksamkeit verdienen. Statt um griechische Rentner vor leeren Bankautomaten sollten sich Staat und Gesellschaft hier vorrangig um die Armut und die Not von Flüchtlingen kümmern. Obwohl seit langem

absehbar, wirken Bund, Länder, Kreise und Gemeinden nicht nur unvorbereitet, sie sind es auch. Auch im letzten Dorf sind mittlerweile Asylsuchende angekommen. Betreut von Freiwilligen, die sich mit großem bürgerschaftlichen Engagement und erheblichem Mittel- und Zeiteinsatz um die Neuankömmlinge kümmern. Unterdessen sind die „Staatsdiener“ vor Ort damit beschäftigt, Schulturnhallen zu requirieren, nach Bau-

plätzen für Zelte zu suchen, Eigenheime anzumieten und Kasernen wieder bewohnbar machen zu lassen.

Alles geht viel zu langsam. Es mangelt an Geld, Personal und Räumlichkeiten, vor allem an Mut und Phantasie, mal über den eigenen bürokratischen Schatten zu springen. Die vielen jungen Flüchtlinge, die lieber arbeiten möchten als sich schrecklich zu langweilen, dürfen ja nicht einmal für leichte Hand- und Spanndienste von örtlichen Unternehmern oder als Erntehelfer in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Das Auto des Nachbarn zu waschen, Gartenarbeit zu leisten oder Botendienste (selbstverständlich gegen Bezahlung) zu verrichten – so etwas gilt bei vielen „Gutmenschen“ ja schon als „kapitalistische Ausbeutung“.

Es ist höchste Zeit, einige Maßstäbe der Realität anzupassen und nicht die Realität den Maßstäben Einiger.



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mit-bund.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V
KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titelfoto
Pitopia

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

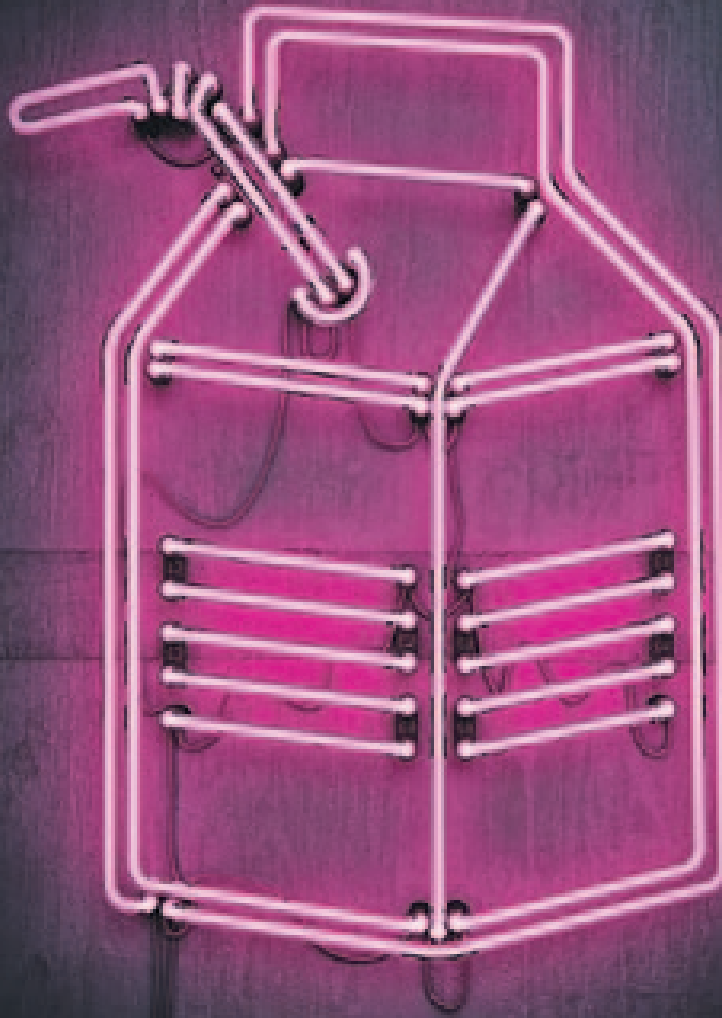
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



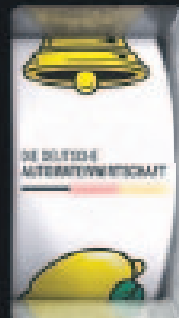
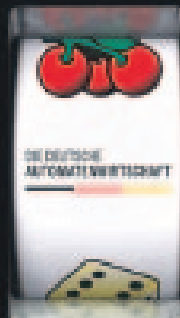
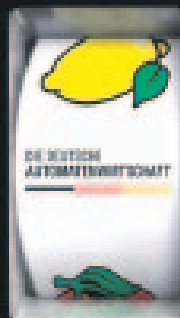
Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)





ALKOHOL IST IN SPIELHALLEN VERBOTEN.

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN.**



www.automatenwirtschaft.de



Goldmine
KASSE



www.boardshop.de

Alles Wichtige mach' ich selbst!

LEXWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Buchhaltung, Aufträge, Rechnungen oder Lohn und Gehalt: Mit Lexware haben Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen selbst im Blick – im Büro, zu Hause oder unterwegs. Egal, ob Sie das erste Mal mit Buchhaltung zu tun haben oder Vollprofi sind. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de